

# Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



- **Schröder verfehlt Ziele der SPD** Seite 3
- **Irak nach dem Krieg** Seite 6
- **Bremen/Schulen: Rolle rückwärts ins 19. Jahrhundert ?** S. 12
- **ver.di zur Gemeindefinanzreform** Seite 15
- **Eizenstat: Ein lesenswerter Insiderbericht** Seite 20
- 



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
- ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## IN BERLIN

AKTUELL

### NACHTARBEIT FÜR LEHRLINGE.

Die FDP als marktradikale Partei schreckt bei ihrer Klientelpolitik vor fast nichts zurück. „Heute im Bundestag“ berichtet: „Die FDP will das Jugendarbeitsschutzgesetz dahin gehend ändern, dass jugendliche Auszubildende über 16 Jahre bis 24 Uhr statt wie bisher nur bis 22 Uhr beschäftigt werden können. Dazu hat sie einen Gesetzentwurf (15/756) eingebracht. Die Fraktion erhofft sich damit bessere Möglichkeiten für Haupt- und Realschüler für eine Ausbildung im Gaststätten- und Schaulstergewerbe. Die früheren Reifeprozesse und veränderten persönlichen Nachtruhezeiten der über 16-Jährigen ließen diese punktuelle Lockerung der Vorschriften zu, ohne dass der notwendige Schutz der arbeitenden Jugendlichen gefährdet würde.“ Bekanntlich ist Nacht- und Schichtarbeit auch für Erwachsene gesundheitlich bedenklich, was viel mehr noch für Jugendliche. Das schert die Liberalen aber nicht und als ob's keinen Unterschied zwischen Arbeit und Vergnügen gäbe, argumentieren sie: „Jugendliche dürften im Alter von 16 Jahren schon heute allein öffentliche Tanzveranstaltungen und Gaststätten bis Mitternacht besuchen. Sie seien auch ansonsten weit über die allgemeine Nachtruhegrenze von 20 Uhr im öffentlichen Leben aktiv.“

**WEGSPERREN.** Eine bedenkliche ideologische Kehrtwendung kommt aus dem Bundesrat als Gesetzentwurf. Wir zitieren „Heute im Bundestag“:

„Das Vollzugsziel des Strafvollzugsgesetzes soll nach dem Willen des Bundesrates neben dem Resozialisierungsgebot auch die Sicherheit und den Schutz der Allgemeinheit enthalten. Damit würde das Gesetz besser dem gewachsenen Schutzbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen. In einem Gesetzentwurf (15/778) schlägt der Bundesrat eine entsprechende Änderung der geltenden gesetzlichen Regelung vor und begründet dies mit einer veränderten Vollzugswirksamkeit.“

Das im Strafvollzugsgesetz formulierte Resozialisierungsgebot als alleiniges Vollzugsziel basiere auf einem in Deutschland insbesondere in den 60er Jahren gewachsenen Menschenbild, dessen kriminologische Grundannahmen zwischenzeitlich zweifelhaft geworden seien. So seien immer mehr Gefangene „behandlungsungeeignet“. Dies betreffe vor allem Ausländer ohne jegliche soziale Wurzeln in Deutschland, Drogenabhängige und Gewalttäter. Zudem seien Gefangene zunehmend nicht resozialisierungsfähig, -willig oder -bedürftig. Die vorrangige Ausrichtung des Vollzugs auf die Bedürfnisse der Gefangenen müsse daher gegenüber einem erhöhten Schutzbedürfnis der Bevölkerung zurücktreten.

In einer Stellungnahme lehnt die Bundesregierung die Initiative der Län-

derkammer als ungeeignet ab. Zwar stehe die Bundesregierung Vorschlägen zur Verbesserung des Schutzes der Allgemeinheit grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Doch verkenne der Gesetzentwurf, dass bereits nach geltender Gesetzeslage der Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten als gleichberechtigte Aufgabe neben dem Resozialisierungsgebot im Strafvollzugsgesetz verankert sei.“

**SOZIALHILFE.** Die Arbeiterwohlfahrt hat „Eckpunkte „zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ veröffentlicht. Darin wird kritisiert, dass die Arbeitsvermittlung auf die leicht vermittelbaren „Informations- und Beratungskunden“ konzentriert wird. Besondere Aufmerksamkeit sollten eigentlich schwer vermittelbare „Betreuungskunden“ erhalten. Die Maßnahmen für diese Menschen werden bundesweit drastisch zurückgefahren. Die Folge könnte eine Zerschlagung der bestehenden Strukturen für die Förderung benachteiligter Personen sein. Die AWO fordert für eine Reform: „Dazu gehört in erster Linie eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt, um die eigene Lebensgestaltung sicherzustellen. Wo dies nicht gelingt, muss eine Arbeit im öffentlich geförderten zweiten Arbeitsmarkt angeboten werden. Darüber hinaus sind Leistungsansprüche sicherzustellen, die den Lebensstandard bzw. das soziokulturelle Existenzminimum sicherstellen.“

Im einzelnen: „Die AWO fordert, dass kein Jugendlicher (unter 25 Jahren) die Schule ohne Schulabschluss verlässt, nach dem Schulabschluss ohne Ausbildungsplatz bleibt oder nach der Ausbildung keinen Arbeitsplatz bekommt. Die Bundesregierung garantiert allen arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren ein individuell abgestimmtes Angebot.“ Zu den Job-Center fordert der Wohlfahrtsverband: „Die Job-Center sollen gemeinsame Dienstleistungseinrichtungen von Arbeitsämtern und kommunalen Ämtern sein. Beiden Institutionen werden konkrete Aufgaben zugewiesen. Während das Personal aus den Arbeitsämtern die Kompetenzen im Bereich der Arbeitsvermittlung besitzen, haben die Kommunen Erfahrungen im Bereich des Case-Managements und der sozialen Beratung und Betreuung.“

Als Mangel bei der grundsätzlich begrüßten Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe stellt die AWO fest: „Die von der Bundesregierung in die Diskussion gebrachten Vorschläge zur Leistungskürzung werden allerdings das Problem der Arbeitslosigkeit kaum lösen. Einseitige Leistungskürzungen schaffen weder Beschäftigung, noch verbessern sie die Beschäftigungschancen des Einzelnen. Hierzu bedarf es auf den Einzelfall abgestimmte Eingliederungspläne und -maßnahmen. Dazu sind Rechtsansprüche auf Förderleistungen genauso notwendig wie die aktive Beteiligung des Einzelnen.“

„... starten wir das erste Mitgliederbegehren in der Geschichte unserer Partei, um allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands diesen Entscheidungsvorschlag nach § 39 a des Organisationsstatuts zur Abstimmung mit JA oder NEIN vorzulegen:

**Sozialdemokratische Politik muss sich an folgenden 7 Punkten orientieren:**

**1. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit.** Wir stehen für Erhalt und Ausbau des Sozialstaates. Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme durch mehr solidarischen Ausgleich erneuern. Nach dem Solidarprinzip aufgebaute und finanzierte Renten- und Krankenversicherungen sollen alle Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Zur Finanzierung des Sozialstaates müssen alle Einkommensarten nach ihrer Leistungsfähigkeit beitragen. Eine Privatisierung von Lebensrisiken darf es mit uns nicht geben. Kürzungen bei Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Krankengeld sind unsozial und führen zu einer gefährlichen Schwächung des Konsums.

Höherer Wohlstand und seine gerechte Verteilung stehen nicht im Widerspruch zueinander – im Gegenteil, sie bedingen sich. Deshalb haben wir viel zur Entlastung der Menschen mit geringeren Einkommen getan. Statt die öffentlichen Haushalte nur über Ausgabenkürzungen zu sanieren, brauchen wir jetzt einen angemessenen Beitrag der Großvermögen. Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden. Steuer-senkungen für Reiche durch eine Zinsabgeltungssteuer und weitere Senkungen des Spitzensteuersatzes lehnen wir ab.

**2. Wir sind die Partei der Arbeit.** Mehr Beschäftigung ist möglich. Druck auf Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Arbeitslose schafft weder Arbeitsplätze noch Investitionen, sondern löst nur Ängste aus – auch mit wirtschaftlichen Folgen. Wir brauchen mehr Kaufkraft bei den unteren und mittleren Einkommensschichten, damit private Nachfrage die Konjunktur stützt und Beschäftigung schafft. Wir brauchen deutlich mehr öffentliche Investitionen. Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen ist unverändert notwendig, aber aus einer Wirtschaftskrise können wir uns nicht herausparen, sondern nur herauswachsen.

Arbeitnehmerrechte sind kein Hindernis, sondern Voraussetzung für produktive und qualifizierte Arbeit. Wir sind stolz auf das neue Betriebsverfassungsgesetz und die Verbesserungen des Kündigungsschutzes. Wir haben dafür gesorgt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf gleicher Augenhöhe mit ihren Arbeitgebern verhandeln. Bei den Arbeitnehmerrechten darf es deshalb keine Rückschritte geben.

Starke Gewerkschaften sind für uns ein unverzichtbarer Teil des Wirtschaftslebens.

**3. Wir sind die Partei der Zukunft.** Wir stehen für nachhaltige Entwicklung und wir wollen Deutschland mit öffentlichen Investitionen in Umwelt, Bildung und Forschung modernisieren. Mit zusätzlichen Anstrengungen in Ostdeutschland wollen wir gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Wir wollen Modernisierung und Globalisierung weder bekämpfen, noch als scheinbare Sachzwänge einfach hinnehmen, sondern sozial und ökologisch gestalten.

**4. Wir sind die Partei der Frauen.** Wir treten für gesetzliche Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen ein. Dazu gehört vor allem auch ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das gleichen Lohn für gleiche Leistung schafft. Unsere Initiativen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen weitergeführt und verstärkt werden.

**5. Wir sind die Partei der Jugend.** Wir stehen für mehr Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung. Wir brauchen die Weiterführung des Jump-Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit und eine Umlagefinanzierung, um die Verantwortung der Wirtschaft für ein ausreichendes Ausbildungsangebot durchzusetzen. Wir müssen mehr Geld in unsere Schulen und Hochschulen investieren. Der Kanzler hat Recht: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

**6. Wir sind die Partei der Kommunen.** In den Städten und den Gemeinden entscheidet sich, wie gut die Menschen leben. Hier liegt mit über 2/3 der öffentlichen Investitionen ein Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung. Deshalb wollen wir eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen langfristig und konjunkturunabhängig mehr Spielraum für Zukunftsinvestitionen gibt. Das geht nicht über kleine Kompetenzverschiebungen, sondern nur über eine erneuerte Gewerbesteuer, die alle Unternehmen und Selbständigen nach ihrer tatsächlichen Leitungsfähigkeit erfasst.

**7. Wir sind die Partei des Friedens.** In der Irak-Krise haben wir das bewiesen. Wir wollen keine Militäreinsätze außerhalb des Völkerrechts. Wir wollen eine friedliche europäische Außenpolitik, die Krieg nicht als Mittel der Politik sieht. Wir wollen Krisen durch Prävention verhindern. Wir wollen in der Tradition Willy Brandts eine soziale, ökologische und faire Weltwirtschaftsordnung durchsetzen.“

## Agenda 2010

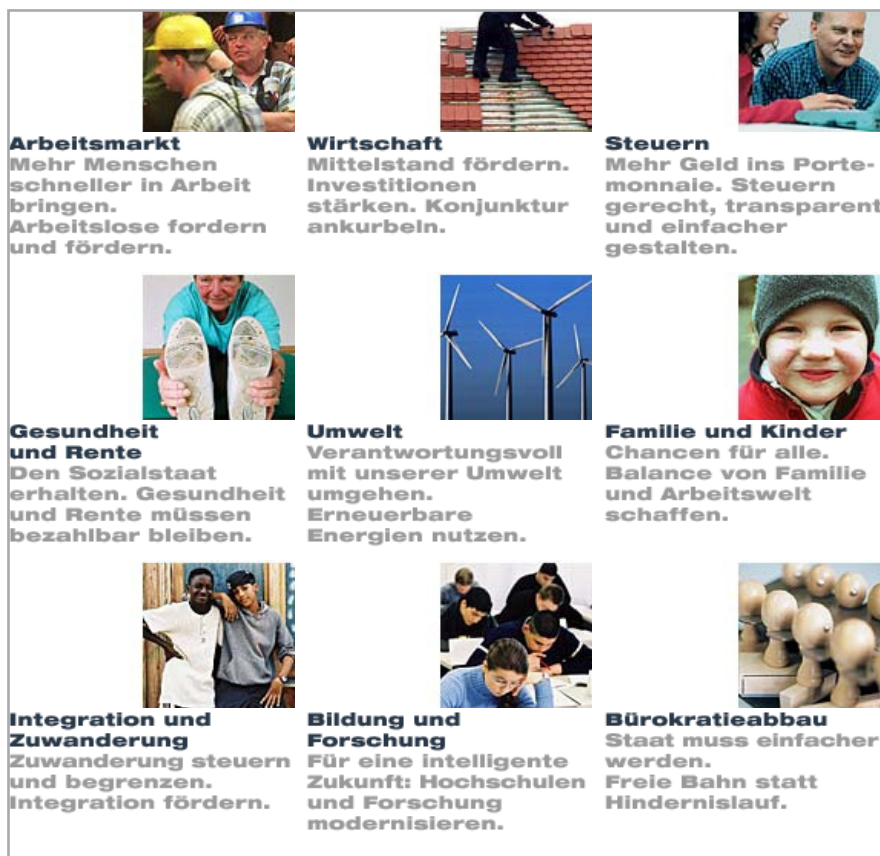
# Schröder verfehlt Ziele der SPD

Die in der Agenda 2010 zusammengefassten Methoden rot-grünen Regierens haben in der SPD eine Gegenbewegung ausgelöst. Das Mitgliederbegehren nach § 39a, wir dokumentieren es nebenstehend, liest sich wie das Manifest zu einer Parteigründung. Im Ton forsch, ist das Begehren dem Inhalt nach gleichwohl defensiv. Hier werden Werte, Ansprüche und Traditionen sozialdemokratischen Wirkens verteidigt gegen eine Vielzahl von Angriffen, die aus der Regierungstätigkeit kommen und in (nicht nur, aber konzentriert) der sogenannten Agenda 2010<sup>2</sup> zusammengefasst sind. Worum geht es bei dieser Agenda?

Die Politik der SPD unter Schröder war auf die neue Mitte ausgerichtet. Sie beruhte auf der Erwartung, dass eine gesteuerte Entwicklung des kapitalistischen Wachstums die Tendenz zur sozialen Polarisierung überlagern würde. Es war erwartet worden, dass sich in dem sozialen Segment der schulisch und universitär ausgebildeten Lohnarbeit Vollbeschäftigung, ja Überbeschäftigung ergeben würde, dass sich so Lohn- und Gehaltseinkommen fixieren würden, die zur Vermögensbildung führen, und dass dieses soziale Segment wachsen würde, dass damit die Produktivität der Wirtschaft in der BRD gegenüber dem Weltmarkt hoch sein würde, so dass die verbleibenden, weniger begünstigten Lohnabhängigen solidarisch „mit ins Boot genommen“ werden könnten.

Die politische Strategie Schröders war hochspekulativ. Sie ist mit der IT-Spekulation, der berüchtigten Blase, verknüpft gewesen, und mit ihr zusammen ist sie auch geplatzt. Was war der Inhalt dieser Blase? Zunächst einmal die Erfahrung der gigantischen Rationalisierungseffekte, die durch Einsatz von Computertechnik erzielt werden können. Und sodann die Entwertung der lebendigen Arbeits Erfahrung, die durch die Bannung von lebendigem Arbeitsgeschehen in prozesssteuernde Daten demonstriert wurde. Das hat zu einer Umbewertung der Kapitalanlagen geführt und zu einer Umbewertung der Berufe. Wieso ist die Blase geplatzt? Darauf wären wieder nur hochspekulative Antworten möglich. Eher kann man schon sagen woran: Es hat sich gezeigt, dass für die IT-Produkte eine ausreichende Nachfrage des breiten Publikums nicht gegeben war. Insbesondere hat sich gezeigt, dass die Leute das Informationsangebot des Internet zwar gerne und in wachsendem Umfang wahr-





nehmen. Sie sind aber nicht bereit, dafür zu zahlen.

Warum? Vielleicht, weil die Methode der Rationalisierung, die sich mit so großem Gewinn bei der produktbildenden Arbeit entwickelt hat, schon bei den Dienstleistungen an Glanz verliert (nur einem Teil der Kundschaft eines Friseurgeschäfts kommt es vor allem auf schnelle Abfertigung an, und viele Patienten einer Arztpraxis wollen als Mensch wahrgenommen werden und nicht etwa nur als „Grippe“).

Bei der Entfaltung von Lebenslust und -freude wird der Ansatz von Rationalisierung kontraproduktiv. Bei Arbeitsprozessen Aufwand sparen, heißt letztlich Arbeitszeit sparen, damit Lebenszeit freie Zeit wird. Freie Zeit „sparen“ führt ins Nichts. Ein kommunikatives Geschehen zwischen Menschen lässt sich durch Einmischung von Geld und Gütern zwar erheblich beeinflussen, letztlich entscheidend bleibt jedoch die wechselseitige Aufmerksamkeit. So hat sich dann das Internet als Geschäft für jenen Teil des Haushalts etabliert, wo es um Quasi-Produktionen geht, Einkäufe, Fahrplan nachschlagen usw. oder eben im beruflichen Zusammenhang.

Mit der Überbewertung der Arbeiten, die computerisieren, ist die Unterbewertung der Arbeit am Produkt oder an der Dienstleistung einhergegangen. Sie werden falsch bewertet. Sie sind unterbezahlt. Dann fehlen sie. Dann schreit das Publikum, z.B. „Dienstleistungswüste“. So wie schon vor langer Zeit die Preisrelationen zwischen der Landwirtschaft und der Industrie außer Rand und Band

kamen, sind jetzt auch die Preisrelationen zwischen der sogenannten einfachen Arbeit (es wäre wohl besser von unmittelbar produktbildender oder Dienstleistungserbringender Arbeit zu sprechen) und der leitenden und organisierenden Tätigkeit verschoben. Das Phänomen zeigt sich nicht nur bei den Arbeits-einkommen verschiedener Branchen und Berufe, sondern auch innerhalb der Berufe, wo z.B. die niedergelassenen Ärzte über die Unterbewertung der Patientenberatung klagen. Dafür, dass solche Fehlbewertungen vorliegen, spricht auch die Erbitterung, mit der die Dienstleistungs-

gewerkschaft ver.di trotz schwachen und stagnierenden Geschäfts der Branche ihre Aufgabe wahrnimmt.

Die rot-grüne Regierung hingegen bleibt bei ihrer Reaktion auf die Krise Gefangene ihrer Irrungen.

Das wird an ihrer Sozialpolitik kenntlich, am besten an dem Schlagwort „fordern und fördern“. Hier hat man aus einer Momenterfahrung des Wirtschaftslebens eine allgemeine Lehre gemacht. Aus der Erfahrung, dass bei insgesamt sinkender Nachfrage nach Arbeitskraft gewisse und auch große Sparten spezieller Arbeitskräfte fehlen, schloss man kurz, dass die arbeitslos Gewordenen sich ändern müssten. Verbunden ist diese unpraktische Idee mit der ökonomischen Lehre, dass es für jedes Gut eine Nachfrage gibt, so es nur billig genug auf den Markt kommt.

Was es im Einzelnen auch sei, letztlich mündet die darauf abzielende Politik der Regierung darin, Erwerbslose zu schikanieren. Es mag vertretbar sein, in ihrem Elend matt und initiativlos gewordene Menschen dahin zu drängen, Chancen wahrzunehmen. Aber dazu muss es diese Chancen geben. Das heißt: Es müssen Arbeitsplätze in ausreichender Zahl und Qualität auf dem Markt sein. Wenn nicht einmal im Ansatz bestritten werden kann, dass das nicht der Fall ist, schlägt der Charakter der politische Maßnahme um. Sie kann genannt werden, wie sie will, und ursprünglich noch so gut gemeint gewesen sein. Jetzt ist es nur noch eine Beraubung der Ärmsten, getragen von der Vermutung, diese würden sich nicht wehren können.

Die Arbeitsmarktpolitik der Regierung liegt mithin nicht nur weit neben den ökonomischen Gegebenheiten, sie hat sich auch von den politischen Zielsetzungen der sozialen Demokratie gelöst.

Wenn es nun tatsächlich so wäre, dass die Preisrelationen auf den Arbeits- und Dienstleistungsmärkten korrigiert wer-

#### Agenada 2010 zum Arbeitsmarkt<sup>3</sup>

**Was ist das Problem?** – Mit über 4 Millionen Menschen ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland viel zu hoch. Natürlich ist es die wichtigste Aufgabe, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie muss vor dem Hintergrund der momentan weltweit sehr schwierigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung realisiert werden. Aber ein Teil der Arbeitslosigkeit ist auch „hausgemacht“: Arbeitslose werden in Deutschland nicht schnell genug auf neue Jobs vermittelt und nicht gezielt genug betreut. – Die Lohnnebenkosten haben eine Höhe erreicht, die für alle eine nicht mehr tragbare Belastung darstellt und sich als Beschäftigungshindernis erweist. Eine neue Arbeitsmarktpolitik war notwendig.

**Was ist die Lösung?** – Am 1. Januar 2002 ist das Job-AQTIV-Gesetz in Kraft ge-

treten. Damit hat die Bundesregierung die Weichen für eine wirksamere Arbeitsmarktpolitik gestellt. AQTIV steht für **Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren und Vermitteln**. Kernaufgabe ist einerseits, durch präventive Ansätze bei der Vermittlung und Beratung Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Andererseits gilt es, Arbeitslose so schnell wie möglich wieder in das Erwerbsleben zu integrieren und sie nach dem Prinzip „fördern und fordern“ zu motivieren. Arbeitsvermittlung und Beratung durch die Bundesanstalt für Arbeit werden intensiviert und modernisiert.

Die Möglichkeiten zur befristeten Beschäftigung wurden verlängert, für die über 50-Jährigen sogar ohne zeitliche Grenze. Das hilft, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder in Beschäftigung zu bringen. ...

**Eckdaten der Prognose  
für die Bundesrepublik Deutschland**

	2001	2002	2003 (1)	2004 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr <sup>a)</sup>				
Private Konsumausgaben	1,5	-0,6	0,6	1,5
Konsumausgaben des Staates	0,8	1,5	0,8	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-5,3	-6,7	0,0	1,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,4	-7,7	1,9	5,1
Bauten	-6,0	-5,9	-1,6	-0,8
Inländische Verwendung	-0,8	-1,5	0,7	1,5
Exporte	5,0	2,6	3,0	6,3
Importe	1,0	-2,1	4,0	6,1
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,6	0,2	0,5	1,8
Westdeutschland (einschließlich Berlin) <sup>b)</sup>	0,6	0,2	0,5	1,8
Ostdeutschland <sup>b)</sup>	0,0	-0,2	1,0	1,5
Erwerbstätige Inländer (1000 Personen)	38856	38626	38244	38253
Westdeutschland	31167	31050	30750	30825
Ostdeutschland (einschließlich Berlin)	7689	7576	7494	7428
Arbeitslose (1000 Personen)	3852	4060	4450	4500
Westdeutschland	2320	2498	2820	2840
Ostdeutschland (einschließlich Berlin)	1532	1563	1630	1660
Arbeitslosenquote <sup>c)</sup> (in %)	9,0	9,5	10,4	10,5
Westdeutschland	6,9	7,4	8,4	8,4
Ostdeutschland (einschließlich Berlin)	16,6	17,1	17,9	18,3
Verbraucherpreise <sup>d)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,4	1,3	1,2
Lohnstückkosten <sup>e)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	0,8	0,9	0,5
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f)</sup> - in Mrd. €	-57,5	-76,2	-73,1	-64,7
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-2,8	-3,6	-3,4	-2,9
nachrichtlich: Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	0,8	0,9	2,3
Verbraucherpreisindex im Euroraum <sup>g)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,4	2,2	2,0	1,8

1) Prognose der Institute. - a) In Preisen von 1995. - b) Berechnungsstand März 2003. - c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). - d) Verbraucherpreisindex (VPI, 2000=100). - e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. - f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). - g) HVP-EWJ.  
Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, AK VGR der Länder, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose der Institute.

den müssen, dann spielen in diesem Zusammenhang die Kommunen, die Städte und Gemeinden, eine sehr wichtige Rolle. Sie können nämlich als Nachfrager von Arbeitskraft und Dienstleistungen jenes unterbewerteten Typs, d.h. nahe am Produkt oder nahe am Menschen erbrachte Arbeitsleistungen, auftreten. Dazu wäre es allerdings nötig, gegenüber der gesamten Markttöffentlichkeit offensiv aufzutreten und darauf zu bestehen, dass soziale Dienstleistungen und gepflegtes öffentliches Eigentum etwas kosten und auch etwas kosten dürfen, ja sogar müssen, und das nicht zuletzt, weil sie sich lohnen.

Die Bundesregierung hingegen hat die bedeutenden Möglichkeiten, die in einer Reform der Finanzierung der Kommunen stecken, im Ansatz nicht erkannt. Sie muss sich auch hierin von dem Mitgliederbegehren (S. 3 dieser Zeitschrift, Punkt 7) belehren lassen. Und übrigens nicht nur von dieser Seite.

In dem Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsinstitute<sup>4</sup> taucht dieser Gesichtspunkt ebenfalls auf, wenn auch unvermittelt. Nachdem unterstrichen wird, dass die Haushaltskonsolidierung über die Ausgabenseite erfolgen müsse, wird gleichzeitig gefordert, dass „wachstumsfördernde öffentliche Investition“ sogar erhöht werden müssten. Nach einer Lobpreisung der Investitionen in Humankapital äußern sich die Institute zur Situation der Kommunen: „Derzeit stehen vor allem die Kommunen vor dem Problem, dass sie nicht in genügendem Umfang investieren können. Die Sicherung ihrer Investitionsfähigkeit setzt eine Reform der

Gemeindefinanzen voraus. Im Kern geht es darum, die Finanzkraft der Gemeinden zu stärken, indem ihre Steuerkraft erhöht wird; zugleich geht es auch darum, das kommunale Steueraufkommen weniger konjunkturanfällig zu gestalten.“ Nachdem die Regierung angekündigt hat, die Finanzierung der Kommunen „aufkommensneutral“ gestalten zu wollen, ein eher deutlicher Wink. Hauptsächlich fordert das wirtschaftswissenschaftliche Gutachten allerdings die Reduktion von Kosten, die durch den Anspruch sozialer Gerechtigkeit entstehen.

Wie bekannt, hat sich die SPD inzwischen zur Einberufung eines Sonderparteitags beschlossen. Die Chancen des Mitgliederbegehrens werden in den Medien noch hoch eingeschätzt. Der Sache nach kann die von dem Mitgliederbegehren vertretene Richtung auf Rückhalt in der Gewerkschaftsbewegung und in der Kommunalpolitik und hier wiederum namentlich bei den Wohlfahrtsverbänden rechnen. Dies sollte wenigstens ausreichen, um eine Grundsatzdebatte zu erzwingen.

Die Agenda 2010 könnte eine solche, breit und verständlich geführte Grundsatzdebatte wohl kaum überstehen. Die dort entwickelte Politik schadet in ganz vielen Punkten und Anliegen den arbeitenden Klassen, ohne den Besitzenden nützen zu können.

*maf*

- 1 [www.wirsinddiepartei.de](http://www.wirsinddiepartei.de)
- 2 [www.bundesregierung.de/Themen-A-Z](http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z)
- 3 ebenda
- 4 [www.wsi.de](http://www.wsi.de), Kurzfassung des Gutachten

## Für ein solidarisch verfasstes Gesundheitssystem

Wir dokumentieren auszugsweise eine Stellungnahme von Heidemarie Lüth, stellvertretende PDS-Vorsitzende, auf der Pressekonferenz am 15. April 2003 zum Thema „Sozialstaatliche Errungenschaften erhalten – Generalangriff auf solidarische Krankenversicherung abwehren!“

(...)

**Zweitens:**

(...) Die Bundesregierung und die sie tragende Parteienkoalition sieht die Lösung der großen Probleme der Arbeitslosigkeit, im Gesundheitswesen sowie bei der Sicherung der Renten entsprechend dem neoliberalen Denkmuster ihrer Spitzenvertreter und ausgehend vom Druck der Wirtschaftsverbände fast ausschließlich in einer stärkeren finanziellen Belastung der Bevölkerungsgruppen mit mittleren und niedrigen Einkommen.

Diese ausschließlich am Profit- und Marktprinzip orientierte Politik fand bereits in den vergangenen Jahren statt und hat zu keiner Lösung der gesellschaftlichen Probleme geführt. Im Gegenteil. Diese haben sich verstärkt und zugleich zu einer tiefgreifenden Erosion der staatlichen Finanzen sowie der der sozialen Sicherungssysteme geführt, die die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei der Daseinsvorsorge, aber auch auf wirtschaftspolitischen Gebiet und bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erheblich einschränkt.

Die Lösung kann nach Auffassung der PDS nur in einem prinzipiellen politischen Kurswechsel bestehen: weg vom fehlgeschlagenen Lösungsweg durch mehr Markt, sogenannter eigenverantwortlicher Vorsorge der in den sozialen Sicherungssystemen verankerten Menschen, einem Lösungsweg zugunsten der Wohlhabenden in der Gesellschaft, hin zu einem Weg der nachhaltigen Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der sozialen Sicherungssysteme auf der Grundlage der finanziellen Leistungsfähigkeit aller Gesellschaftsmitglieder, also auf einen solidarischen Weg.

**Drittens:**

Unsere Hauptforderungen für ein solidarisch verfasstes Gesundheitssystem:

Im Interesse der Erhaltung und des weiteren Ausbaus der solidarischen Krankenversicherung sowie ihrer nachhaltigen Finanzierung fordern wir

- die allgemeine Versicherungspflicht für das Gesundheitssystem, die Einbeziehung aller Einkommensarten und Einkommensgruppen, also auch der Zins-, Miet- und weiterer Kapitaleinkommen und zugleich der Beamten, Freiberufler und Selbständigen sowie der politischen Mandatsträger – ohne Versicherungspflichtgrenzen und wesentlich angehobenen Beitragsbemes-

sungsgrenzen – in einer allgemeinen öffentlichen Krankenversicherung

- die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen auf einer sozial gerechten Grundlage
- längerfristig die Berechnung der Arbeitgeberbeiträge von privaten Unternehmen auf Basis der tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen, also der Wertschöpfung
- den Stopp weiterer Privatisierungen im Gesundheitswesen
- die Stärkung der demokratischen Grundlagen der Verwaltung des Gesundheitswesens, der Patientenrechte und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals
- die Einführung einer Positivliste für Medikamente
- bedarfsorientiertes Qualitätsmanagement in vernetzten, multiprofessionell besetzten Gesundheitszentren,
- Stärkung der Prävention, der Gesundheitserhaltung und Gesundheitsförderung

Kurzfristig halten wir es im Gegensatz zu den Rürup-Vorschlägen für erforderlich

- die paritätische Finanzierung im Gesundheitswesen durch eine zusätzliche „Gesundheitsabgabe“ der Unternehmen wiederherzustellen, wie es die IG Metall kürzlich vorgeschlagen hat
- die notwendigen, akuten Maßnahmen zu Sicherung der finanziellen Grundlagen des Gesundheitswesens wirklich solidarisch und nicht allein zu Lasten der Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen zu finanzieren – z.B. unter Einbeziehung der Mittel aus einer Einmalabgabe auf große Vermögen.

#### Viertens:

Die PDS wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den sozial unverantwortlichen Vorhaben der Bundesregierung in den Arm zu fallen. Vor allem wird sie sich mit allen gesellschaftlichen Kräften, vor allem mit den Gewerkschaften und Verbänden verbünden, die dazu bereit sind, um in einer breiten Volksbewegung dieses Ziel zu erreichen. Den Delegierten des SPD-Sonderparteitages – sollte er zustande kommen – werden wir einen offenen Brief dazu schreiben, um auch die SPD-Linken zu ermuntern, ihren Widerstand fortzusetzen. Zugleich gibt es bereits konkrete Vorbereitungen und Absprachen zu außerparlamentarischen Aktionen mit Gewerkschaften und Verbänden.

#### Fünftens:

Die PDS wird ihre eigenen Aktivitäten und Anstrengungen erhöhen, um alternative Lösungen zu erarbeiten und der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Auch hier werden wir die Zusammenarbeit mit all jenen Kräften suchen, die sich in den Widerstand gegen den neuerlichen Generalangriff auf das Sozialsystem einreihen.

## Irak nach dem Krieg

# Ungewisse Zukunft

Die USA und ihre Verbündeten haben ihr erstes Kriegsziel erreicht. Das Saddam-Regime ist gestürzt. In wenigen Tagen, heißt es, wolle man den militärischen Sieg verkünden. Wird der Irak eine Kapitulation unterzeichnen, wird es einen Friedensvertrag geben? Das alles ist derzeit offen.

Kaum jemand weint dem Regime eine Träne nach. Doch die Ungewissheit, was der militärische Sieg der USA und ihrer Verbündeten der Bevölkerung im Irak bringt, welche Auswirkungen er konkret auf die Region haben und welche langfristigen Folgen für die internationale Ordnung er haben wird, lastet schwer.

Sicher ist: Die geltende internationale Rechtsordnung, die sich auf die UNO stützt, ist schwer beschädigt, wohl irreversibel. Die Quellen des internationalen Rechts, das dem Bestandsschutz der souveränen Einzelstaaten großen Wert beimisst, reichen bis ins 16./18. Jahrhundert zurück, dem Zeitraum, als sich in Europa im Zusammenhang mit der Herausbildung selbstzentrierter, integrierter Wirtschaftsräume die Nationalstaaten herausbildeten. „Von allen Rechten, die einer Nation gehören können, ist die Souveränität zweifellos das wertvollste und dasjenige, das die anderen am gewissenhaftesten achten müssen, wenn sie ihr nicht zu nahe treten wollen“, hatte Vattel, einer der Begründer des modernen Völkerrechts, 1758 eines der Grundprinzipien des Völkerrechts beschrieben.<sup>1</sup> Wahrscheinlich tritt die Tendenz zur Auflösung dieser in Jahrhunderten erarbeiteten und auf jahrhundertelangen Erfahrungen beruhenden Rechtsgrundsätze im Angriffskrieg gegen den Irak nur besonders krass zutage.<sup>2</sup> Tatsache jedenfalls ist: Die Souveränität des Irak ist zerstört. Dass die Invasionstruppen in praktisch allen von ihnen eroberten Städten den Plünderungen, der Bilderstürmerei, der Zerstörung von Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, keinen Einhalt geboten und in Bagdad nur eine, ausgerechnet diese eine Institution – das als einziges Regierungsgebäude nicht zerbombte Ölministerium – besetzten und schützten, demonstriert die Strategie der USA, die völkerrechtlich verbriefte Integrität ei-



nes souveränen Staates, ja sogar die Erinnerung daran auszulöschen.

Die US-Regierung hat inzwischen begonnen, zwei der fünf Flugzeugträger-Kampfgruppen aus der Golfregion abzu ziehen. Der alliierte Oberkommandierende, General Franks, befindet sich ebenfalls auf dem Rückweg in sein Hauptquartier in Florida. Gleichzeitig jedoch stocken die USA die Zahl der Bodentruppen weiterhin auf. Sie richten sich auf eine längere Besatzung des Landes ein und halten anscheinend eine Streitmacht von bis zu 200.000 Soldaten dafür – und als Drohkulisse für die ganze Region – auf geraume Zeit für notwendig.<sup>3</sup> Die New York Times berichtet, dass die USA langfristig vier Militärstützpunkte im Irak nutzen wollen. „Es wird eine Art Langzeit-Verteidigungsbeziehung mit einem neuen Irak geben, ähnlich wie mit Afghanistan“, zitiert die Zeitung einen Beamten aus dem Verteidigungsministerium.<sup>4</sup> Damit würden die USA, die nach dem letzten Golfkrieg mehrere Stützpunkte in Nachbarstaaten des Irak errichtet hatten, ihre Militärpräsenz in der Region des Mittleren Ostens weiter ausbauen.

Derweil hat der US-Verwalter für den Irak, Garner, am 21. April seine Arbeit in Bagdad aufgenommen.<sup>5</sup>

Er ist dem Oberbefehlshaber der US-Truppen unterstellt und soll nach dem Willen der US-Regierung das Land verwalten, bis man eine irakische Regierung gebildet hat. Über den Zeitraum schweigt man sich aus.

Die zukünftige irakische Regierung beansprucht vor allem der Exiliraker Jalabi, eine höchst zwielichtige Gestalt, die von den USA ge-

U.S. Labor Against War says:  
**T  
BRING  
HOME  
NOW!  
P  
S**  
WWW.USLABORAGAINSTWAR.ORG



stützt und von allen politischen Strömungen im Irak abgelehnt wird.

Gegenwärtig funktioniert in den irakischen Millionenstädten nur wenig. Die Sicherheitslage ist vor allem infolge bewaffneter und bald oft gut organisierter Plünderer nach wie vor prekär. In Bagdad wurden erst wenige Stadtteile, und das erst am 21.4., wieder mit Strom versorgt. Die Wasserversorgung ist nach wie vor nicht gesichert, schwere Durchfallkrankheiten nehmen zu. Der Müll häuft sich auf den Straßen, die Gefahr von Seuchen droht. Die wenigen Krankenhäuser, die noch geöffnet sind, sind völlig überlastet. Die Telefonverbindungen sind praktisch gänzlich zerstört. Rund zehn Millionen Irakis, die im staatlichen Sektor beschäftigt waren, haben seit einem Monat keinen Lohn bekommen. Hunderttausende, vielleicht Millionen haben ihre Arbeit verloren und wissen vorerst nicht, wie es weiter gehen soll. Die alte Währung ist außer Kraft, Dollars, die zur

die befürchteten Massenflucht ausgeblieben ist. Das spricht dafür – mehr als die Propaganda staatstragender US-Medien –, dass die irakische Bevölkerung nicht ohne Hoffnung, vor allem wohl auf wirtschaftlichen Aufschwung des Landes, in die Zukunft blickt.

Die USA verlangen, dass die UNO die Sanktionen gegen den Irak sofort aufhebt. Andernfalls nämlich könnten sie über das Programm „Öl für Nahrungsmittel“ hinaus keine Erdölexporte tätigen, ohne gegen UN-Resolutionen zu verstoßen. Ihr Argument lautet, der Irak benötige dringend Einnahmen für den Wiederaufbau. Tatsächlich steht die Einschränkung der Ölexporte, dauert sie länger an, einem zweiten Kriegsziel, dem Zugriff auf den irakischen Ölreichtum, entgegen. Und worum es bei dem Wiederaufbau geht, beleuchtet eindrucksvoll der im Folgenden dokumentierte Artikel von Naomi Klein vom 13. April. Er erschien ursprünglich in der US-amerika-

## Wiederaufbau des Iraks?

von Naomi Klein

Am 6. April machte es der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz klar: Die UNO wird keine Rolle bei der Einsetzung einer Übergangsregierung im Irak spielen. Die von den USA geführte Regierung wird wenigstens sechs Monate im Amt bleiben, „wahrscheinlich länger“.

Und wenn dann das irakische Volk bei der Wahl einer Regierung mitsprechen darf, sind die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen über die Zukunft des Landes bereits von den Besatzern gefällt worden. „Wir brauchen vom ersten Tag an eine effektive Verwaltung“, sagte Wolfowitz. „Die Leute brauchen Wasser, Nahrung und Medikamente, die Kanalisation muss funktionieren und auch die Stromversorgung. Das liegt in der Verantwortung der Koalition.“

Man nennt den Prozess, die Infrastruktur wieder funktionstüchtig zu machen, „Wiederaufbau“. Aber die amerikanischen Pläne über die Zukunft der irakischen Wirtschaft gehen darüber hinaus. Vielmehr wird das Land als leere Tafel betrachtet, auf der die ideologischen Verfechter des Neoliberalismus in Washington ihre Traumwirtschaft planen können: vollkommen privatisiert, im Besitz ausländischer Unternehmen und offen für den Handel.

Hier sind einige Glanzpunkte: Der Vertrag über die Verwaltung des Hafens Umm Qasr im Wert von 4,8 Mio. \$ ist bereits an eine amerikanische Gesellschaft, die Stevedoring Services of America, gegangen, und die Flughäfen stehen zur Versteigerung bereit. Das amerikanische Büro für internationale Entwicklung (US Agency for International Development) hat US-amerikanische multinationale Konzerne eingeladen, um für alles Mögliche, von der Wiedererrichtung der Straßen und Brücken bis zum Druck von Lehrbüchern, Angebote abzugeben. Die meisten Verträge erstrecken sich über ein Jahr, aber andere enthalten Optionen, die bis zu vier Jahre verlängert werden können. Wie lange wird es dauern, bis diese in langfristige Verträge für privatisierte Wasserversorgungssysteme, Transitstrecken, Straßen und Schulen und das Telefonsystem übergehen? Wann wird aus dem Wiederaufbau eine verschleierte Privatisierung?

Der republikanische Kongressabgeordnete Darrel Issa aus Kalifornien hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der vom Verteidigungsministerium verlangt, ein CDMA-Mobilfunknetz\* im Nachkriegsirak aufzubauen, damit „amerikanische Patentinhaber“ davon profitieren. Wie Farhad Manjo im „Salon“ bemerkte, wird das CDMA-System in den



inoffiziellen Währung wurden, haben die meisten nicht.

Medienberichten zufolge nimmt der Widerstand gegen die befürchtete Kolonisierung zu, verstärkt durch das Vorgehen der US-Armee, die in Mossul an zwei aufeinanderfolgenden Tagen blind in Demonstrationen feuerte und zahlreiche Menschen tötete. Auch in Nassiriya und Bagdad demonstrierten Zehntausende nach dem Freitagsgebet gegen das Saddam-Regime und gegen die amerikanische Besatzung. Zentren des Widerstandes sind anscheinend die Moscheen.<sup>6</sup>

Andererseits: Die Lebensmittelversorgung scheint im Großen und Ganzen zu funktionieren, nicht zuletzt weil der Irak vor dem Krieg Vorräte für fünf Monate angelegt hat. Aber auch die Versorgung der Städte durch das Land klappt zunehmend – frisches Obst und Gemüse ist wieder zu erhalten. Auch fällt auf, dass im Krieg und im folgenden Chaos

nischen Zeitschrift „The Nation“. Wir entnahmen ihn dem Z-Net, einer verdienstvollen Informationsquelle für kritische Berichte und Kommentare.<sup>7</sup> scc

1 zitiert nach: Politische Berichte 20/99, S. 18, Deutschland – Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten

2 Auch in der Entwicklung der EU etwa wird diese Tendenz deutlich sichtbar.

3 NZZ, 18.4.

4 nach: Financial Times Deutschland, 20.4.

5 Siehe auch PB 8/03

6 Schilderung nach Guardian, 21.4., „This occupation is a disaster. The US must leave – and fast“

7 <http://www.zmag.de/index.php> Im Impressum heißt es: zmag.de ist ein Projekt von Menschen, die die Texte des amerikanischen ZNet / Z Magazine in deutscher Sprache verfügbar machen möchten. Wir halten die im ZNet verbreiteten Informationen für einen dringend notwendigen Kontrast zur Berichterstattung der Mainstreammedien und das ZNet für eine wichtige Informationsquelle.

USA verwendet, nicht jedoch in Europa, und wurde von Qualcomm, dem großzügigsten Spender Issas, entwickelt.

Und dann gibt es noch das Öl. Die Bush-Administration weiß, dass sie nicht offen über den Ausverkauf der irakischen Ölquellen an ExxonMobile und Shell reden kann. Sie überlässt das Fadhil Chalabi, einem ehemaligen Beamten im irakischen Ölministerium: „Wir sind darauf angewiesen, dass viel Geld ins Land kommt“, sagt Chalabi. „Der einzige Weg dazu ist die Teilprivatisierung der Industrie.“ Er gehört zu einer Gruppe von Exil-Irakern, die das US-Außenministerium dabei beraten haben, wie man diese Privatisierungen realisiert, ohne dass sichtbar wird, dass sie von den USA initiiert werden. Es war sehr nützlich, dass die Gruppe am 4. und 5. April eine Konferenz abhielt, auf welcher der Irak aufgerufen wurde, sich nach dem Krieg für die multinationalen Konzerne zu öffnen. Die US-Administration hat sich hierfür sehr erkenntlich erwiesen und versprochen, dass viele Posten in der Übergangsregierung an Exil-Iraker gehen.

Es gibt nicht wenige, die behaupten, es wäre zu einfach zu sagen, bei diesem Krieg gehe es um Öl. Sie haben Recht. Es geht um Öl, Wasser, Straßen, Eisenbahnen, Telefonsysteme, Häfen und Medikamente. Und wenn dieser Prozess nicht zum Halten gebracht wird, findet im „freien Irak“ der größte Ausverkauf der Welt statt. Es ist keine Überraschung, dass sich so viele multinationale Konzerne auf den ungenutzten irakischen Markt stürzen. Nicht nur weil der Wiederaufbau einen Wert von 100 Milliarden Dollar hat, sondern auch weil der „freie Handel“ mit weniger gewalttätigen Mitteln in der letzten Zeit nicht besonders gut lief. Immer mehr Entwicklungsländer lehnen die Privatisierungen ab, ebenso die Freihandelszonen, die bei Bush im Handelssektor höchste Priorität haben, aber in ganz Lateinamerika höchst unbeliebt sind. Gespräche der Welthandelsorganisation (WTO) über geistiges Eigentum, Landwirtschaft und Dienstleistungen sind alle aufgrund früherer Versprechen, die Amerika und Europa noch zu erfüllen haben, nicht vorangekommen.

Was wird nun die großwahnssinnige Supermacht, die sich selbst in einer Rezession befindet, tun? Wie wäre es mit einer Verbesserung des Freihandels in abgespeckter Form, welche den Marktzugang durch erpresserische Maßnahmen freikämpft bis hin zum überladenen Freihandel, der sich neue Märkte auf den Schlachtfeldern von Präventionskriegen aneignet? Schließlich können Verhandlungen mit souveränen Staaten schwierig sein. Viel einfacher ist es, ein Land zu zerreißen, es zu besetzen und, so wie man es möchte, wieder aufzubauen. Bush hat den Freihandel nicht aufgegeben, wie manche behauptet haben, er hat nur eine neue Doktrin aufgestellt: „Bombe, bevor du kaufst.“

Das wird sich nicht nur auf ein un-

glückliches Land beschränken, sondern anderswo fortgesetzt. Investoren sagen offen vorher, dass, sobald die Privatisierungen im Irak erfolgreich angelaufen sind, der Iran, Saudi Arabien und Kuwait gezwungen werden, zu konkurrieren, indem sie ihr Öl privatisieren. „Im Iran würde sich das wie ein Lauffeuer ausbreiten“, sagte S. Rob Sobhani, ein Energieberater, dem „Wall Street Journal“. Bald könnte sich Amerika seinen Weg in eine neue Freihandelszone frei gebommt haben.

Bis jetzt hat sich die Debatte über den Wiederaufbau des Iraks in der Presse auf ein Fairplay konzentriert: Nach Meinung des EU-Kommissars für Außenbeziehungen, Chris Patten ist es „außergewöhnlich ungeschickt“, wenn die USA die gesamten profitablen Verträge für sich behalten. Sie müssen lernen zu teilen: ExxonMobile sollte Frankreichs TotalFinaElf an den lukrativsten Ölfeldern beteiligen; Bechtel sollte der britische Thames Water einen Anteil an den Verträgen über die Kanalisation abgeben.

Aber während Patten den US-Unilateralismus ärgerlich findet und Tony Blair vielleicht die Aufsicht der UNO fordert, hat das mit dieser Sache nicht das Geringste zu tun. Wen interessiert es, welcher multinationale Konzern die besten Verträge im vordemokratischen Auflösungs-Ausverkauf des Iraks nach Saddam bekommt? Was spielt es für eine Rolle, ob die Privatisierung unilateral von Washington durchgeführt wird oder von den USA, Europa, Russland und China?

Vollkommen abwesend bei dieser Debatte ist das irakische Volk, das vielleicht – wer weiß? – einen Teil seines Vermögens behalten möchte. Nach dem Ende der Bombardierungen ist man dem Irak massive Reparationen schuldig, aber ohne die Ingangsetzung eines wirklichen demokratischen Prozesses sind das geplante weder Reparationen, noch ein Wiederaufbau, noch eine Rehabilitation. Es ist Raub: Massendiebstahl verschleiert als Nächstenliebe, Privatisierungen ohne Regierungsbeteiligung.

Ein Volk, das man durch die Sanktionen verhungern ließ und krank machte und anschließend durch den Krieg besiegte, wird aus diesem Trauma auftauchen und feststellen, dass in seinem Land, ohne sein Zutun, ein Ausverkauf stattgefunden hat. Die Iraker werden ebenfalls entdecken, dass eine neu gewonnene „Freiheit“ auf sie zukommt – für die so viele ihrer Lieben umgekommen sind –, die sich durch unwiderrufliche ökonomischen Entscheidungen, die in Sitzungssälen getroffen wurden, während die Bomben noch fielen, bereits in Fesseln befindet.

Schließlich wird ihnen gesagt, dass sie für ihre neuen Führer stimmen sollen, und dann werden sie in die wunderbare Welt der Demokratie aufgenommen.

*ZNet 13.4.03, Übersetzung: Tony Kofoet*

\* Code Division Multiple Access (CDMA) ist ein digitales Mobilfunksystem, dass von Qualcomm entwickelt wurde.

**Los Angeles County, USA**

## Krise im Gesundheitswesen spitzt sich zu

Verschiedene Netzwerke im Gesundheitswesen von Los Angeles County schlagen Alarm: Im Juni soll das Rancho-Rehabilitationszentrum in Downey, Kalifornien, eine der bekanntesten und anerkannt besten Reha-Zentren in den USA, geschlossen werden. Ihm angeschlossen sind verschiedene Abteilungen – u.a. eine Zahnklinik, eine urologische Abteilung und eine Abteilung zur Nachbehandlung bei Kinderlähmung, die von Menschen aus dem gesamten Norden Kaliforniens besucht werden, weil sie anderswo keine Behandlung finden.

Als Grund für die Schließung geben die Behörden ein Defizit im Gesundheitsbudget von 750 Mio. \$ innerhalb der nächsten drei Jahre an. Die 207 Betten von Rancho sind ständig belegt. Außerdem verzeichnet die Klinik jährlich 68.000 Besuche ambulanter Patientinnen und Patienten. Betroffen von drastischen Einschnitten ist auch das USC Medical Center: In der größten Klinik zur Behandlung traumatisierter Patienten in einer der dichtestbesiedelten Regionen der USA sollen 100 Betten gestrichen werden.

Der Aufschrei ist gewaltig. Für viele Patienten vor allem des Reha-Zentrums ist ungewiss, ob und wo sie zukünftig behandelt werden. Bemerkenswerterweise hat sich ein breites Bündnis von Bürgerrechts- und Rechtshilfeorganisationen gebildet. Vorbereitet werden zwei Klagen, eine wegen des Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutz von Körperbehinderten, deren zukünftige Behandlung nicht gesichert ist, eine zweite wegen der Gefährdung des Lebens von Patienten. Die kalifornische Community Foundation versucht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, das Reha-Zentrum in ein Non-Profit-Hospital umzuwandeln – Non-Profit-Krankenhäuser spielen in den USA, in denen ein nennenswerter Teil der Bevölkerung nicht versichert und zu arm ist, die Kosten für Gesundheitsversorgung privat aufzubringen, eine große Rolle.

Die drohende Schließung und die angekündigten Streichungen verschärfen die Krise der Gesundheitsversorgung in Los Angeles County. Seit dem September letzten Jahren wurden hier elf Gesundheitszentren geschlossen. Das heißt konkret, dass rund 250.000 Menschen, die als Arme keine anderen Möglichkeiten der Gesundheitsversorgung haben, des Zugangs zum Gesundheitswesen beraubt sind. Der Druck auf andere Non-Profit-Kliniken hat enorm zugenommen, viele müssen Personal entlassen, teilweise wird die Zahl der Operationen halbiert.

scc

Quelle: Indymedia Los Angeles – <http://la.indymedia.org>; Community Clinic Association





**Viele tausend Menschen protestierten am 16. April während des EU-Gipfels, in Athen, auf dem die Verträge mit den Beitrittsländern unterzeichnet wurden vor allem gegen den Irak-Krieg. Die Polizei schützte den Gipfel mit 12.500 Beamten. Bei heftigen Auseinandersetzungen wurden mehr als 100 Demonstranten festgenommen.**

## Tschechien in die EU – ohne diskriminierende Bedingungen

Zu den Versuchen, den Beitritt Tschechiens zur EU an die Erfüllung revanchistischer Forderungen zu knüpfen, erklärte der PDS-Politiker Hans Modrow, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vizevorsitzender der Parlamentsdelegation für den Beitritt der CR: Je näher der Beitritt der Tschechischen Republik zur EU rückt, desto eifriger sind Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaften und ihre politischen Sprachrohre bemüht, dem nicht nur Steine, sondern Felsbrocken in den Weg zu rollen. Insbesondere tut sich hier MdEP Posselt von der CSU hervor, der immer wieder die sogenannten Benes-Dekrete ins Spiel bringt. Das Entgegenkommen der tschechischen Regierung, die Eröffnung einer Vertretung der Landsmannschaften in Prag zu erlauben, die ein Ort des Dialogs und der Versöhnung sein könnte, nutzt Herr Posselt, um realitätsfremde Forderungen zu erheben und mit deutschchauvinistischen Sprüchen sein Mandat für die nächste Wahl zu sichern.

Selbst mit der Familie aus polnischem Gebiet umgesiedelt und aus Kenntnis der damit verbundenen schweren Schicksale spreche ich mich gegen jeden Anspruch auf Heimatrecht und Besitzanspruch für die gemäß dem Potsdamer Abkommen der Siegermächte Ausgesiedelten oder Vertriebenen aus. Wer nur auf Fälle von individuellem Terror abhebt, unterschlägt bewusst, dass dem einen Unrecht ein unermesslich größeres Unrecht vorgegangen ist, wofür die Namen der von den Nazis ermordeten Frauen, Kinder und Greise von Lidice stehen. Wer nicht zur Kenntnis nehmen will, dass die Regierungen und Parlamente Deutschlands und Tschechiens ebenso wie die Mehrheit des Europaparlaments einen Schlussstrich unter dieses Kapitel gezogen haben, sät bewusst Zwietracht und kriminalisiert ein künftiges Mitglied der

Union. Die Tschechische Republik gehört – so denn ihre Bürger es wollen – ohne Vorbehalte und diskriminierende Bedingungen in die EU.

(PE Hans Modrow)

## EU-Referendum in Ungarn

Gerade 38% der wahlberechtigten Bevölkerung stimmten bei Referendum für den Beitritt zur EU – die Wahlbeteiligung lag bei lediglich 45,6%. Alle Parteien hatten zur Unterstützung des Beitritts aufgerufen, die Rechtspartei Fidesz wie gewohnt mit nationalistischem Pathos – der Ex-Premier Orbán brüstet sich gerne damit, nicht nur für die 10-Millionen-Bevölkerung in Ungarn, sondern für 15 Millionen Ungarn – hinzugerechnet werden rund 5 Millionen „Auslandsungarn“ in den Nachbarländern. Auch der sozialdemokratische Premierminister Medgyessy vergaß nicht hervorzuheben, dass Ungarn mit dem EU-Beitritt die einzige reale Chance zur „Wiedervereinigung“ ergreife. Der Vorsitzende der Landes selbstverwaltung der Ungarndeutschen, Heinek, begrüßte das Ergebnis mit der Feststellung, durch den Beitritt werden die Rolle der deutschen Sprache in Ungarn ebenso steigen wie die Bedeutung der deutschen Minderheit. (Quelle: Budapest Zeitung online)

## Budapest: Großauftrag für Siemens

Siemens hat den Zuschlag für die Ausrüstung der Budapester Verkehrsbetriebe mit Straßenbahnen im Wert von 40 Mrd. Forint, über 173 Mio. Euro, erhalten. Obwohl Siemens das mit Abstand teuerste Angebot vorgelegt hat, konnte der deutsche Konzern seine internationalen Konkurrenten aus dem Feld schlagen. Siemens hatte der MSZP, die die Mehrheit im Budapester Stadtparlament stellt, im letzten Jahr den Wahlkampf mit finanziert. (Quelle: Budapest Zeitung online)

## Springer expandiert in Polen

Im Rahmen seiner Auslandsoffensive will der Axel-Springer-Verlag ab Herbst in Polen ein neues Boulevard-Blatt herausbringen. Zukünftig will der Verlag 30% seiner Einnahmen außerhalb der BRD machen, bisher sind es 16%. Das neue Blatt soll nach dem Vorbild der „Bild“ ausgerichtet sein. Bisher liegt der Springer-Verlag, größter Verlag in Europa, in Polen auf Platz 3, vor Bauer und der Schweizer Edipresse. Nicht nur in Polen, überall in Osteuropa haben deutsche Medienkonzerne starke Marktstellungen aufgebaut. Ihr Ziel ist die Marktdominanz, entweder durch Übernahme der Marktführer oder durch Bündelung möglichst vieler Verlage eines Teilmarkts in einer Hand. Dabei kommt es oft zu Joint-Ventures mit anderen ausländischen Unternehmen in Osteuropa. Gruner + Jahr z.B. kooperiert in mehreren Ländern mit dem Schweizer Unternehmen Ringier, im böhmischen Zeitungsmarkt haben die Passauer und die Rheinische Post ihre Verlage in einem Gemeinschaftsunternehmen zusammengeführt, und der Burda-Verlag agiert in Osteuropa mit seinem italienischen Partner Rizzoli. (Quelle: Infopolen; ver.di)

## Ukraine: Lockendes Geschäft, aber politisches Risiko

Der Vorsitzende des deutsch-ukrainischen Forums, gleichzeitig Generalbevollmächtigter der DaimlerChrysler AG, äußerte nach dem jüngsten Treffen des Forums die Erwartung, dass die deutsch-ukrainischen Beziehungen „qualitativ ein ganz anderes Niveau“ erreichen könnten. Allerdings warte die „deutsche Geschäftswelt“ erst einmal die ukrainischen Wahlen im nächsten Jahr und größere Rechtssicherheit ab, bevor man die Direktinvestitionen im Land steigert. Das Handelsvolumen zwischen der BRD und der Ukraine ist 2002 gegenüber 2001 um 15% gestiegen und noch einmal um 15% in den ersten drei Monaten 2003, und zwar fast ausschließlich aufgrund wachsender deutscher Exporte in die Ukraine. In Deutschland steht das internationale Erdgastransportkonsortium im Zentrum der Aufmerksamkeit. Der deutsche Botschafter in Kiew betonte auf dem Forums-Treffen, dass die Umsetzung des Projekts „im deutschen Interesse“ liege. Die Ukraine will die BRD nicht nur an der Erdölleitung Odessa – Brody – Gdansk beteiligt sehen, sondern wirbt dafür, dass sich Raffinerien aus dem Südosten Deutschlands an der ukrainischen Gesellschaft Ukrtransnaft beteiligen. Die Ukraine verspricht sich vom Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, dass „Deutschland als ‚Lokomotive‘ beim ukrainischen Integrationsprozess in die EU“ fungiert. (Quelle: Moskauer Deutsche Zeitung)

Zusammenstellung: scc

HEIDELBERG. Rund 1.500 Anhänger der Friedensbewegung, Antifaschisten und Gewerkschafter verhinderten am 19. April 2003 eine Demonstration der sog. Karlsruher Kameradschaft, einer radikalen neonazistischen Gruppe. Zum Ostermarsch unter dem Motto „Besatzung ist keine Befreiung – Stoppt die Kriegspolitik“ mit Auftaktkundgebung am Bismarckplatz hatte das Heidelberger Bündnis für den Frieden aufgerufen. Die Antifaschistische Initiative Heidelberg veranstaltete an der Stadtbücherei eine Kundgebung gegen die angemeldete Nazi-Demonstration. Auf der Kurfürstenanlage vereinigten sich die beiden Gruppen und zogen zum Hauptbahnhof. Die ange-reisten 100 Neonazis wurden durch die Gegendemonstranten am Verlassen des Bahnhofvorplatzes gehindert. Ein großes Polizeiaufgebot sorgte für sicheren Abstand zwischen den beiden Gruppen. Nach einer zweistündigen Blockade, bei der sich die Gegendemonstranten mit Redebeiträgen und einem Kulturprogramm über die Kälte hinweg halfen, reisten die Neonazis wieder ab. Während 2001 die im Bundestag vertretenen Parteien noch zu einer Gegendemonstration aufriefen – allerdings am Uni- platz, weitab vom Ort des Geschehens – gaben sie diesmal nicht einmal eine Stellungnahme zu der Neonazi-Demonstration ab. Eine Ausnahme bildete lediglich der Kreisverband Walldorf von B90/Die Grünen, der die Demonstration unterstützte. *al, Bild: Roth, www.stadtpolitik-heidelberg.*



## Proteste gegen Versuche der Nazis, am 1. Mai aufzumarschieren

BERLIN, DRESDEN, HALLE, FRANKFURT/M. Für den 1. Mai hat die NPD zur „Zentralen deutschlandweiten 1. Maikundgebung der NPD“ in Berlin Charlottenburg aufgerufen. Mit „Sozialer Gerechtigkeit statt Volksbetrug“ will sie das Recht auf Arbeit zuerst für Deutsche und die Abschaffung multinationaler Konzerne; „das Elend Deutschlands“ sei Ausdruck einer „schrankenlosen Herrschaft der Konzerne“. Problem sei nicht die Art und Weise, wie Reichtum produziert werde, sondern erst, wie er verteilt werde. Komme nun der Staat seiner Bestimmung, dem Gemeinwohl zu dienen, nicht nach, müssten die „Politbonzen“ eben unter Druck gesetzt werden, damit sie ihre Aufgabe erfüllten, den deutschen Mittelstand zu fördern. Verschiedene antifaschistische Gruppen rufen auf, sich unter der Losung „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ den Nazis und der NPD in den Weg zu stellen. Schon am 26. April 2003 findet eine Demonstration gegen die NPD-Zentrale in der Seelenbinderstraße 42 in Berlin-Köpenick statt, die ebenfalls vom Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts“ unterstützt wird.

Eine „Jugendinitiative für Arbeit, Freiheit und Frieden“ („Kameradschaft Köthen“) beabsichtigt in Halle/Salle aufzumarschieren, und das „Bündnis Rechts“ aus Lübeck mobilisiert nun zur Demonstration nach Dresden unter der Losung „Arbeitsplätze statt Globalisierung. Für eine Welt souveräner Staaten“. Hier wie in allen anderen Städten greifen die Nazis in demagogischer Form Stichworte der globalisierungskritischen und Antikriegsbewegung auf. Dagegen

sind antifaschistische Gruppen aktiv. In Frankfurt/Main rufen die Anti-Nazi-Koordination und der DGB in einer gemeinsamen Erklärung zum Widerstand auf. [www1.antifa.de](http://www1.antifa.de)

## 5.000 bei Ostermarsch durch die Kyritz-Ruppiner Heide

WITTSTOCK. Etwa 5000 Menschen aus verschiedenen Teilen Deutschlands kamen am 20. April 2003 zum Ostermarsch unter dem Motto: „Der Frieden braucht kein Bombodrom“ teil. Der Aufzug startete 14 Uhr in Fretzdorf bei Wittstock und endete auf einer Wiese am Rande des militärischen Sperrgebietes des Wittstocker Bombodroms. Auf der Abschlussveranstaltung sprachen verschiedene Aktivisten der Initiativen FREIE HEIDE (Brandenburg) und Freier Himmel (Mecklenburg-Vorpommern), Vertreter der örtlichen Kirche und Gemeindeverwaltung, der Bundestagsabgeordneter der Grünen Ströbele und der Umweltminister und stellv. Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Wotling. Die De-

monstrierenden ließen auf dem Militärgelände über 4000 Papierkraniche an Luftballons in die Höhe steigen.

Die Proteste richteten sich in erster Linie gegen die zwiespältige Haltung der Bundesregierung, die einerseits das Betreiben des Bombodroms um jeden Preis erzwingen möchte, sich aber andererseits öffentlich gegen den Krieg ausgesprochen hat und damit große Unterstützung in breiten Teilen der Bevölkerung fand.

Vor drei Jahren untersagte zwar das Bundesverwaltungsgericht die Weiter-nutzung des Geländes als Bombenabwurfplatz, nicht jedoch die weitere militärische Nutzung durch die Bundeswehr. Diese betreibt dort zur Zeit eine ca. 60 Personen umfassende Objektverwaltung. Doch Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) plant noch im April 2003 eine Wiederinbetriebnahme des Bombodroms. Ende April soll der Trainingsflugbetrieb der Luftwaffe beginnen.

[www.freieheide.de](http://www.freieheide.de), [www.freier-himmel.de](http://www.freier-himmel.de)

## Bericht: Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 13. April 2003

FRANKFURT/MAIN. Auf einer Aktionskonferenz in Frankfurt haben sich am Sonntag, den 13. April, 120 Vertreter von Friedensorganisationen und Friedensgruppen über die neuen Herausforderungen und Antworten der Friedensbewegung ausgetauscht.

Ein Fokus friedenspolitischer Aktivitäten wird weiterhin die Lage im Irak, die Verstöße gegen Menschen- und Völkerrecht und der globale Machtanspruch der US-Regierung sein. Der Krieg gegen den Irak müsse von der UNO politisch als völkerrechtswidrig verurteilt werden. Sonst drohe die Gefahr, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Eine von den





Invasoren dominierte Nachkriegsordnung im Irak ist abzulehnen.

Ein nachhaltiger Frieden im Nahen und Mittleren Osten sei nur möglich, wenn der israelisch-palästinensische Konflikt zu einer politischen Lösung geführt wird, die von beiden Seiten akzeptiert werden kann. „Wir treten ein für das Lebensrecht der Israelis und der Palästinenser und fordern nachdrücklich Anstrengungen für zivile Konfliktlösungen in der Region.“

Auch die Verantwortung der europäischen Regierungen und der Bundesregierung steht auf der Tagesordnung. Die Friedensinitiativen wollen nicht zulassen, dass der Irakkrieg zu einer Militarisierung Europas oder zu einer Erhöhung des Rüstungsetats führt. Entsprechenden Forderungen aus den Reihen von SPD und Grünen wurde eine entschiedene Absage erteilt.

Vor allem den internationalen Charakter der Friedensbewegung gilt es zu vertiefen. Hierzu werden die Friedensgruppen die begonnene Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ausbauen und intensiv am Aufbau von Kontakten in die USA, nach Osteuropa und in den Nahen und Mittleren Osten arbeiten. Die Aktionskonferenz wird den europäischen Partnern einen europäischen Aktionstag im engen zeitlichen Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in Evian (31. Mai 2003) vorschlagen. Im November soll im Rahmen des Europäischen Sozialforums in Paris eine europäische Friedenskonferenz Raum für weitere Vernetzung bieten. Das Ziel ist ein ziviles Europa, das seine Kraft für eine friedliche und gerechte Entwicklung der Welt einsetzt. „Wir fordern Abrüstung für den Frieden!“

[www.uni-kassel.de/fb10/frieden](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden)

## „Hochschulen aufgewacht!“ – Aufruf zum Aktionstag am 22. Mai

KASSEL. Mit dem Ziel, die Hochschulen stärker zu Orten des kritischen Denkens und des friedenspolitischen Engagements zu machen, hat sich am 5. April in Kassel das Netzwerk „Hochschulen gegen den Krieg“ gegründet. Die Gründungsmitglieder Attac, Bund demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), die Gewerkschaften GEW und ver.di, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit und der World University Services (WUS) rufen zu einem dezentralen Aktionstag am 22. Mai 2003 mit vielfältigen Aktivitäten, Veranstaltungen, Aktionen und Diskussionen an allen Hochschulen in Deutschland auf.

„Hochschulen sind kein unkritisch funktionierender Dienstleistungsbetrieb, sondern ein öffentlicher Raum der wissenschaftlichen, kulturellen und po-

litischen Debatte. Zugleich ist es ihr Auftrag, einen Beitrag zur Zivilisierung von Konflikten und zum Abbau von Feindbildern zu leisten“, fordert Reiner Braun, friedenspolitischer Sprecher der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, ein. Das Netzwerk tritt dafür ein:

- Krieg als Mittel der Politik zu ächten
- Kriegerische Gewalt durch Methoden der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung zu verhindern
- Kriegsursachen und -folgen wie Hunger; Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung zu bekämpfen
- das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechtes zu ersetzen
- Die gewaltfreie Entwicklung von Menschenrechten und Demokratie durch die Völker selber zu unterstützen
- in allen Ländern beginnend bei den Großmächten, abzurüsten und Rüstungsexport zu verbieten.

[www.verdi-jugend.de](http://www.verdi-jugend.de)



## Kritik an Tenor der Flüchtlingsdiskussion in Meckl.-Vorpommern

NEUBRANDENBURG. Politik und Verwaltung in den Kreisen und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern müssen sich deutlich für das Menschen- und Grundrecht auf Asyl positionieren und die Unterbringung der Flüchtlinge sicherstellen. Das fordert der Beratungsverein für Betroffene rechter Gewalt LOBBI, nachdem es erneut zu Diskussionen über die Gemeinschaftsunterkunftsverordnung des Innenministeriums gekommen ist. Mit diesem sogenannten „Dschungelheim-Erlass“ soll eine menschenwürdige Unterbringung und bessere Integration von Flüchtlingen erreicht werden. Dazu werden abgelegene Heime geschlossen und neue Standorte mit Ortsanbindung gesucht.

In etlichen Orten, in denen auch nur über diese neuen Heime nachgedacht wurde, trafen diese Pläne auf offene und teils massive Ablehnung. Es gab Aktionen der Neonazi-Szene, wie etwa Hetzflugblätter. Den weitaus größeren Teil machten und machen aber Proteste der Bevölkerung und der Lokalpolitik aus. Aktuell konstatierte der Grimmener Bürgermeister Rüster ein Problem mit „Wirtschaftsflüchtlings“ und rief die Einwohner auf, deutlich ihre Meinung zu äußern. Als Verein, der sich, über die Opferberatung hinaus, auch präventiv engagiert und bedenkliche Entwicklungen thematisiert, kritisiert die LOBBI den ausländerfeindlichen Grundtenor dieser Diskussion scharf.

Die größte Gefahr ist allerdings, dass durch vermeintlich demokratische Entscheidungsprozesse, Flüchtlinge in ganzen Landstrichen keinen Platz mehr finden – ohne Brandanschläge und Base-

ballschläger. In Ostvorpommern beispielsweise entsteht der Eindruck, dass mit Anklam nach Ducherow die zweite Stadt die Flüchtlinge erfolgreich „abgewehrt“ hat. In der nächsten werden bereits Unterschriften gesammelt. LOBBI fordert: Auch das Land bleibt weiter in der Pflicht, Integrationsansätze durchzusetzen!

[www.lobbi-mv.de](http://www.lobbi-mv.de)

## Diskussion in der Gewerkschaft über Haltung zum Flughafenaußerbau

FRANKFURT/MAIN. In der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist ein offener Streit über die Haltung zum Flughafenaußerbau entbrannt. In einer Stellungnahme der ver.di-Vertrauensleute und -Betriebsräte bei Fraport heißt es, das Nein der Landesdelegiertenkonferenz vom 6.4.2003 zum Ausbau sei „eine Ohrfeige für ihr gewerkschaftliches Engagement“. Mit der Mehrheit von 36 zu 30 Stimmen bei 11 Enthaltungen hatten die ver.di-Delegierten den geplanten Ausbau des Flughafens abgelehnt. Sie wiesen auch einen vom Vorstand unterbreiteten Kompromissvorschlag zurück, der einen Ausbau unter der Bedingung befürwortete, dass ein Nachtflugverbot eingeführt, feste Schall-Obergrenzen eingehalten und Flüge an andere Flughäfen verlagert würden.

Die Gewerkschaftsführung bemüht sich derweil um Schadensbegrenzung. Der stellvertretende Vorsitzende von ver.di Hessen, Gerold Schaub, schloss nicht aus, dass der Delegiertenbeschluss bereits im Mai auf einer Fachbereichskonferenz in Leipzig revidiert werde.

[www.frankfurt.org:8080/info](http://www.frankfurt.org:8080/info)



## Demonstration am 24.5. in München gegen den staatlichen Rassismus

MÜNCHEN. Jährlich werden rund 30.000 Menschen aus Deutschland abgeschoben. Unter den Forderungen „Abschiebelager abschaffen! Abschiebungen stoppen! Recht auf Bleiberecht“ rufen Gruppen, Asylinitiativen und Flüchtlingsräte zu einer Demonstration am 24. Mai um 10 Uhr München, Karlsplatz, auf. Weitere Infos unter [www.ausreisezentren.de](http://www.ausreisezentren.de).



# Rolle rückwärts ins 19. Jahrhundert ?

Bei den im Mai in Bremen anstehenden Bürgerschaftswahlen spielt die Bildungspolitik in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle.

Grund dafür: Das Abschneiden beim PISA-Test (Bremens Bildungssystem landete auf dem letzten Platz) und die daraufhin einsetzende Diskussion.

Hintergrund: Das Bildungssystem in Bremen ist seit Jahrzehnten durch ständige strukturelle Veränderungen gekennzeichnet, die bis heute zu einem Nebeneinander verschiedenster Schulformen geführt haben. So überwiegen heute noch in der Sekundarstufe I (Kl. 5 bis 10) und II die Schulzentren (kooperative Schulen mit Haupt- Realschule und Gymnasium bzw. in der Sekundarstufe II mit beruflichen Schulen und gymnasialen Oberstufen.). Daneben gibt es vier Gesamtschulen und ebenso viele durchgängige Gymnasien (Klasse 7 bis 13).

Gegenüber diesem Schulsystem, das großenteils durch politische Vorgaben (Schulgesetz u.a.) entstanden ist, verhält sich das politische System.

Im Juni 2002 übernahm Bürgermeister Scherf für die SPD die Verantwortung für das Abschneiden im Test und sorgte damit dafür, dass die SPD in der bildungspolitischen Diskussion seitdem kaum noch eine Rolle spielt.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU, Rohmeyer, sagte Anfang April, dass „Gleichmacherei“ für die PISA-Ergebnisse verantwortlich sei. Die CDU fasst ihre Zielvorstellungen in folgenden Punkten zusammen:

- mehr Deutsch- und Matheunterricht in der 1. und 2. Klasse.
- gegliedertes Schulsystem ab Klasse 4 (d.h. Streichung der Orientierungsstufe)
- Abitur nach 12 Jahren
- mehr Ganztagsangebote

Im September 2002 legte der Koalitionsausschuss von SPD und CDU dann „Forderungen aus den PISA-Ergebnissen der Schulen“ vor, die die wesentlichen Eckpunkte der Bildungspolitik und damit Anforderungen an das Schulsystem markieren sollten. Entlang der Gliederungspunkte dieses Papiers und ihrer bisher absehbaren Umsetzung soll die laufende politische Bildungsdiskussion in Bremen skizziert werden. Da von CDU und SPD im laufenden Wahlkampf das Fortbestehen der großen Koalition kaum in Frage gestellt wird, ist davon auszugehen, dass dieser Beschluss auch die zukünftige Bildungspolitik markieren wird.

Deutlich wird an diesem Beschluss, dass qualitative Verbesserungen in Schule und Unterricht eine geringere Rolle spielen als politische Strukturvorgaben. Die ersteren sind dabei in ihrer Umset-

zung abhängig von den Aktivitäten der Akteure im Bildungssystem (d.h. vor allem den Lehrern), während die zweiten demgegenüber durchaus negativ wirken können. Wissenschaftlich erkannt ist andererseits aber gerade, dass Lehren und Lernen deshalb so schwierig sind, weil „Wissen ... nicht übertragen werden (kann), sondern im Gehirn eines jeden Lernenden neu geschaffen werden (muss). Bei diesem Prozess spielen die Rahmenbedingungen und unbewusste Faktoren eine entscheidende Rolle<sup>1</sup>. In diesem Rahmen führen „Zwangsmaßnahmen zu wenig, wenn die Schüler das Gefühl haben, dass sie in der Institution eigentlich unerwünscht sind“<sup>2</sup> argumentiert der Erziehungswissenschaftler R. Kretschmann.

Da demnach davon auszugehen ist, dass die SchülerInnen ein relativ gutes Gespür für die laufenden Entwicklungen haben, werden am Schluss Stellungnahmen der Gesamtschülervertretung dokumentiert.

## „Beschluss des Koalitionsausschusses vom 8.9.2002 ...

### Stärkung der Leistungsbereitschaft.

#### 6. Ausbau des Qualitätsmanagements und verstärkte Leistungskontrollen“<sup>3</sup>

Die hier geforderten „gemeinsamen Anstrengungen von Schülern, Eltern und Lehrern, aber auch der einzelnen gesellschaftlichen Organisationen“ meinen einmal eine Überarbeitung von Lehrplänen mit dann „festgesetzten Standards und verbindlichen Inhalten“ und andererseits Vergleichsarbeiten, Abschlussprüfungen und Zensuren ab der 3. Klasse. Am Ende der Haupt- und der Realschule sollen Abschlussprüfungen eingeführt werden.

Im Mai dieses Jahres sollen in den Klassen 3, 6 und 9/10 zentrale Vergleichsarbeiten geschrieben werden. Der Einführung des Zentralabiturs für die in die gymnasiale Oberstufe ab 2004 eintretenden Schüler stimmte die Bildungsdeputation am 13.2.2003 zu.

## „2. Zusammenarbeit Schule/Elternhaus“

Am 1.4. wurde das Schulgesetz trotz breiter Proteste des Zentralelternbeirates und der Elternvertretungen so geändert, dass der Elternwille bei der Wahl der weiterführenden Schule nach Klasse 6 nur noch von untergeordneter Bedeutung ist und bei Widerspruch eine Aufnahmeprüfung durchgeführt werden muss. Ausdrücklich wurde dieser Punkt vom „Arbeitskreis der Gymnasialleiter im Land Bremen“ unterstützt.

Anfang März erließ der Bildungssenator eine Verordnung, nach der auch Eltern

volljähriger Schüler bis 21 Jahren von der Schule informiert werden können. Bei Widerspruch des Volljährigen erfahren die Eltern auch davon<sup>4</sup>. Die Gesamtschülervertretung ruft zur Massenklage gegen dieses Verfahren auf.

Eltern aus der Türkei erklärte Bildungssenator Lemke: „Ich kann Ihren Kindern keine Chancengleichheit garantieren, wenn im Elternhaus nicht Deutsch gesprochen wird.“ Eventuellen Vorwürfen, dies könne als Rassismus gedeutet werden, trat Lemke so entgegen: „Das Kind des türkischen Zahnarztes aus Schwachhausen („besseres“ Wohnviertel in Bremen d. Verf.) hat die gleichen Chancen wie ein deutsches Kind. Das türkische Kind hat sogar den Vorteil zweisprachig aufzuwachsen.“<sup>5</sup> Aber was ist mit den Kindern, die keinen Zahnarzt zum Vater haben?

Schulvermeidung (Schwänzen) soll zu erheblichen Maßnahmen führen, bis zur Kürzung des Kindergeldes. Dazu will die Landesregierung eine Initiative im Bundesrat ergreifen.

## „3. Verbesserung des Unterrichts“

Eine Verbesserung des Unterrichts selbst ist ohne Lehrer schwer möglich. Insoweit stecken verschiedene Maßnahmen noch in den Anfängen.

Zur „Verbesserung der Zusammenarbeit der Lehrkräfte“ hat die Bürgerschaft im Februar aber ein neues „Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetz“ beschlossen. Die Anwesenheitszeit für Lehrer in den Schulen kann auf maximal 35 Stunden festgelegt werden. Außerdem kann allen eine (weitere) zusätzliche Stunde Unterricht verordnet werden. Diese „Präsenzzeit“ soll aber nicht für übliche Tätigkeiten des Lehrers wie Korrekturen, Vor- und Nachbereitung von Unterricht gedacht sein. In Teilen der Lehrerschaft brach daraufhin eine Debatte aus, ob es dann nicht besser wäre, eine Präsenzzeit von 46,5 Stunden in der Schule (entspricht etwa der durchschnittlichen Lehrerarbeitszeit bei Einrechnung der „Ferien“ außerhalb des tariflichen Urlaubs) zu fordern, um damit deutlich zu machen, dass die Lehrerarbeitszeit sowieso zu hoch und in den Schulen keine ausreichenden Arbeitsbedingungen vorhanden sind.

## „4. Verbesserung der Sprach- und Lesekompetenz Bildungskonzept für den Elementarbereich Stärkung der Grundschulen“

Hierzu wurden im Februar/März in den Kindergärten „Sprachstandserhebungen“ bei den 5-Jährigen durchgeführt. 15

## Stellungnahmen der Gesamtschülervertretung Bremen zur laufenden bildungspolitischen Diskussion:

**Koalitionsausschuss: Rückschritte statt Fortschritte ... 2. Abschaffung der Orientierungsstufe, einzügiger Gymnasialabteilungen und Wahl der Schulform** – Wir sehen die Sinnhaftigkeit der gefassten Beschlüsse in keinsten Weise. Die ungleiche Verteilung der Bildungschancen, abhängig von der sozialen Herkunft, war einer der zentralen Befunde der PISA-Studie. Durch die Abschaffung der Orientierungsstufe und die Zerschlagung von Schulzentren hin zu "Restschulen" wird die Selektivität des Schulsystems jedoch erneut erhöht. Durch die geplante Abschaffung der Regelung, dass Eltern darüber entscheiden, welche Schule ihr Kind nach der OS besucht, wird der Bildungsweg und somit auch der Abschluss bereits nach der sechsten Klasse und in Zukunft vielleicht schon nach der vierten Klasse festgelegt, da von einer Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems nicht die Rede sein kann...

**Noten nach der 3. Klasse** – Die Philosophie, dass etwas, nur wenn man es aufschreibt, bzw. bewertet, besser wird, ist falsch. Deswegen lehnen wir auch die Einführung von Noten ab der 3. Klasse kategorisch ab. In der Primarstufe werden die Grundsteine für die weitere Schulkarriere und das allgemeine Lernverhalten gelegt. Wenn die ersten Erfahrungen mit Schule aber bereits von Leis-

tungsdruck, Konkurrenz und Misserfolgen geprägt werden, wirkt sich das sehr negativ auf das spätere Schulleben aus.

**Kindergeldkürzungen** – Die Drohung, das Kindergeld zu kürzen, wenn die SchülerInnen die Schule nicht regelmäßig besuchen, halten wir einerseits für rechtlich äußerst fragwürdig und andererseits für inhaltlich vollkommen falsch. Genau wie bei der Diskussion um die Fehlzeiten im Zeugnis wird nicht nach den Gründen für sogenannte Schulvermeidung gefragt, sondern nur nach neuen Repressionen gegriffen. Die Ursachen liegen einerseits häufig im familiären und sozialen Umfeld... Weitere Ursachen liegen in der momentanen miserablen Schulsituation, und die ändert sich durch die Kürzung des Kindergeldes auch nicht....

(Quelle: [www.gsv-bremen.de](http://www.gsv-bremen.de): Pressemitteilung der GSV Bremen vom 9.9.02)

**GymnasialschulleiterInnen unter Legitimationsdruck / SchülerInnen: Wir wollen eure Elitenbildung nicht!** – Der Arbeitskreis der GymnasialschulleiterInnen hat sich in einer Stellungnahme für mehr Elitenbildung und für Selektion ab der vierten Klasse ausgesprochen... Unser Schulsystem macht eine solche Engstirnigkeit überhaupt erst möglich. Wenn LehrerInnen Probleme mit einzelnen

SchülerInnen haben, gibt es für sie immer die Möglichkeit, „das Problem“ abzuschieben. Wäre von vornherein klar, dass die Lehrkräfte die SchülerInnen so schnell nicht wieder loswerden, wären sie gezwungen, sich mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen. Das würde auch an den Unterrichtsmethoden und am Schulklima einiges ändern... Nun wieder das "Fass" der Begabungsdebatte aufzumachen, ist eine Unverschämtheit. Die Bildungsunterschiede resultieren nicht aus unterschiedlichen Begabungen, sondern aus sozialer Ungleichheit...

(Pressemitteilung der GSV vom 21.1.03)

**Bildungsdeputation entmündigt volljährige SchülerInnen** – Mit einer banalen Richtlinie wollen sie (die Behörde) die Rechte der volljährigen SchülerInnen enorm einschränken. SchülerInnen sind finanziell und emotional von ihren Eltern abhängig. Das bedeutet, dass die Erziehungsberechtigten enorme Druckmittel gegen die SchülerInnen in der Hand haben. Wenn SchülerInnen nicht wollen, dass ihre Eltern bestimmte Dinge erfahren, sollte das spätestens mit der Volljährigkeit auch möglich sein... Wir fordern alle volljährigen SchülerInnen auf, Widerspruch einzulegen...

(Pressemitteilung der GSV v. 11.2.03)

% der Getesteten sollen nach Ostern in den Kindergärten mit Schnellmaßnahmen über einige Wochen gefördert werden.

Im Koalitionsbeschluss findet sich hierzu eine Formulierung, die sicher noch genauer zu diskutieren ist: „Das Beherrschen der deutschen Sprache ist Voraussetzung für die Teilnahme am Unterricht.“

Ansonsten sind hier bisher nur kleinere Massnahmen in den Grundschulen geplant (Erhöhung der Unterrichtsstunden in der 1. und 2. Klasse in Deutsch und Mathe um je eine).

### „5 Gezielte Fördermaßnahmen“

Hier ist weitgehend noch unklar, wie man mit „erfolgsbasierten Kontrakten“ zu Erziehungsfragen weiterkommen kann, zumal so ein Vorgehen kaum allein administrativ durchdrückbar ist.

### „7. Größere Eigenständigkeit der Schulen“

### 8. Ganztagsangebote

### 11. Lehrerbildung“

Die Lehrer sollen vom kommenden Schuljahr an eine bestimmte Stundenzahl an Fortbildungsveranstaltungen

nachweisen (Zwangsfortbildung).

### „12. Neue Chancen durch Strukturveränderungen“

Hier finden sich viele und weitgehende Maßnahmen. Ab 2004 wird in Bremen die Orientierungsstufe (Kl. 5 und 6) abgeschafft. Ob etwas Neues an Stelle der OS tritt, ist bisher nicht bekannt. Die öffentliche Diskussion legt aber nahe, dass dann nach Klasse 4 einfach der Übergang in das dreigliedrige Schulsystem erfolgt. Im Widerspruch stehen dazu dann aber die Festlegungen in Punkt 2.

Das Abitur soll nach 12 Jahren abgelegt werden. Die Gymnasien sollen als durchgängiges System organisiert werden (von Kl. 7 bzw. 5 bis 12). Das bedeutet praktisch die Zerschlagung aller Schulzentren bzw. ihre Reduzierung auf Haupt- und Realschulen und in der Sekundarstufe II auf die beruflichen Schulen. Ein Übergang von der Realschule auf die gymnasiale Oberstufe (an manchen Oberstufen gibt es bis zu 20% Realschüler) wird dann kaum noch möglich sein, da die Realschule mit Klasse 10 endet und die gymnasiale Oberstufe mit Klasse 10 beginnen soll.

Die Schuladministration will eine Kürzung aller zweijährigen Bildungsgänge in der Berufsfachschule auf ein

Jahr durchsetzen. Dadurch würden die Berufsfachschulen zu einem Aufbewahrungsort für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, an dem kaum noch eine Qualifizierung möglich ist.

An eine Einrichtung weiterer Gesamtschulen wird in Bremen zur Zeit nicht gedacht, obwohl es zum nächsten Schuljahr ca. 250 Anmeldungen für Gesamtschulen gibt, die nicht berücksichtigt werden. Der „Arbeitskreis der Gymnasialleiter“ sprach sich z.B. gegen Gesamtschulen aus: Bei „realistischer Einschätzung der finanzierbaren Umsetzungsmöglichkeiten“ sei dem „gemeinsamen Unterricht aller Kinder von der ersten bis zur neunten Klasse“ eine klare Absage zu erteilen. Dasselbe gelte für den Verzicht auf Sitzbleiben und Notengebung. In dieser Debatte werde verkannt, dass es Grenzen der Begabung gebe<sup>6</sup>.

(wjo)

1 aus einem Vortrag von Prof. G. Roth am 20.6.02 in der Bremer Uni

2 Bremer Nachrichten v. 13.11.02

3 wie auch alle nicht weiter gekennzeichneten Zitate aus: Beschluss des Koalitionsausschusses v. 8.9.02 „Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen der Schulen“

4 Richtlinie d. Senats f. Bildung u. Wissenschaft „über die Information der Eltern volljähriger Schüler und Schülerinnen im Lande Bremen“ vom 1.3.03

5 Bremer Nachrichten v. 22.3.03

6 Bremer Nachrichten v. 21.1.03

## Forderung der Landesschülervertretung Bayern nach Pisa + Iglu: 9 Jahre gemeinsame Schulzeit für alle

Die Untersuchungsergebnisse der IGLU-Studie und der vorherigen PISA-Studien hat die bayerische Landesschülervertretung (LSV) Anfang April diskutiert. Die Hauptforderung der SchülerInnen nach dieser Diskussion lautet: Eine Verlängerung der Grundschulzeit ist nötig. Hier ihre Erklärung:

Die Landesschülervertretung (LSV) Bayern ist erfreut über das gute Abschneiden der Grundschüler in der IGLU-Studie. Die am 8. April 2003 veröffentlichten Ergebnisse der Grundschulstudie bescheinigen den Viertklässlern eine sehr gute Lesekompetenz. Nun müssen – mit Blick auf die schlechten Ergebnisse der PISA-Studie – auch die Konsequenzen gezogen werden.

„Die IGLU-Studie zeigt für uns, dass sich das Lernen in heterogenen Gruppen bewährt hat und es sehr gut möglich ist, Schüler mit unterschiedlichen Voraussetzungen innerhalb einer Klasse angemessen zu fördern“, so Sonya Popa-Henning, Vorstandsmitglied der LSV Bayern.

Aus der PISA-Studie, an der 15-Jährige teilnahmen, geht hervor, dass die Leistungen der einzelnen Schularten sehr weit auseinander gehen, obwohl im Grundschulalter scheinbar nur ein geringer Leistungsunterschied vorliegt. An dieser Stelle muss man sich fragen, was nach der Selektion in der vierten Klasse schief läuft. „Eine umfassende Förde-

rung nach der Trennung in der vierten Klasse sei umso schwerer, wenn das interaktive Lernen von Schülern mit unterschiedlichem Leistungsniveau wegfällt“, so Popa-Henning weiter. „Die Landesschülervertretung spricht sich für eine Verlängerung der Grundschulzeit auf 9 Jahre aus.“

Weil die weitere Laufbahn bereits in der vierten Klasse festgelegt werden muss, sehen sich viele Eltern und Lehrkräfte verpflichtet, die wichtige Entscheidung des Bildungsweges und damit auch des Lebensweges für die Schüler zu treffen. Dabei gäbe eine verlängerte Grundschulzeit den Schülern – im Sinne der Eigenverantwortung – mehr Zeit zur Orientierung und den Lehrkräften mehr Zeit zur Beobachtung der Entwicklung der Schüler.

Nicht zu vergessen sei gerade an bayerischen Schulen auch das Problem der Chancenverteilung. „Der soziale Hintergrund spielt einfach eine viel zu große Rolle bei der Wahl und Entwicklung des Bildungsweges“, so Popa-Henning weiter.

„Die Forderung nach einer neunjährigen Grundschulzeit hat nichts mit Ideologie zu tun, sondern ist – wie auch aus der Bildungsentwicklung Finnlands hervorgeht – ein notwendiger Schritt, um gegen das Problem der Chancengleichheit vorzugehen.“ [www.lsv-by.de](http://www.lsv-by.de)

## Hamburg – Hochburg der Privatisierung: Jetzt auch die Berufsschulen

Seit Antritt des neuen Senats aus CDU, FDP und Schill-Partei rollt eine Privatisierungswelle, die zwar an Vorarbeiten von Rotgrün anknüpfen kann, aber in Umfang und Schnelligkeit im Bundesgebiet ihresgleichen sucht: Als Verkauf städtischer Betriebe, wie des Landesbetriebes Krankenhäuser (mit 13000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Hamburg), von Strom- und Hafenbau, des Luftmessdienstes (s. „Jesteburger Beschlüsse“ des Senats), aber auch als Umwandlung staatlicher Einrichtungen der Daseinsvorsorge in Stiftungen, wie der Berufsschulen ab 1.8. oder der Schulgebäude (Übertragung an die Betreibergesellschaft AMC ab 1.8., die sie zu marktüblichen Mieten an Private, Sport- und Kulturvereine vermietet, um Gewinne in den Stadtsäckel abzuliefern, und von der die Schulbehörde die Gebäude wieder zurückgeleast werden).

(...) Den massivsten Systembruch sieht die Überführung aller Berufsschulen in eine Stiftung vor, die von einem Vorstand geleitet wird, in dem die Wirtschaftsvertreter die Mehrheit (und damit das Sagen) haben. Mit Zustimmung der Bildungsbehörde unter Senator Lange (FDP) übernimmt die Wirtschaft damit faktisch die Berufsschulen – gegen den Willen der SchülerInnen, Eltern und Beschäftigten, die z.B. mit einem ein-drucksvollen Autokorso auf diesen

Schritt aufmerksam machen. Zu Berufsbildungszentren mit 3-4000 SchülerInnen sollen die Berufsschulen zusammengefasst werden. Vollzeitausbildungsgänge für 1000 Schüler sollen wegfallen, obwohl in Hamburg nur 19% aller Betriebe überhaupt nur Auszubildende haben (im Bundesgebiet 27%). Weil man die verbeamteten Berufsschullehrer dienstrechtlich nicht zwingen kann, in Privatbetrieben, wohl aber an Stiftungen öffentlichen Rechts tätig zu sein, ist diese Rechtsform jetzt gewählt worden. Seit Jahren verfolgt die Handelskammer jedoch die völlige Privatisierung – und hat dazu ein eigenes, weitergehendes Modell zur Privatisierung der Berufsschulen vorgelegt. Nun soll es ab 1.8. mit der Stiftung vorerst losgehen – was bedeutet, dass ... der entscheidende erste Schritt zur Privatisierung erfolgt. Ohne auf die Proteste von GEW, DGB, der Schüler, der Elternkammer, von Ausbildern und Schulleitern einzugehen, soll ab 1.8. das Stiftungsmodell eingeführt werden. In der GEW wird diskutiert, diesen Senatsplänen durch eine Volksinitiative zu widersprechen, die parallel zum Ver.di-Volksbegehren „Gesundheit ist keine Ware“ (5.–19. Mai) geschaltet wird.

AG Bildungspolitik der PDS Hamburg, aus: Landesinfo 2/03

**Trinkwasserversorgung nicht ver-leasen:** ESSEN. Während sich andere Kommunen aus US-Leasing-Geschäften zurückziehen, soll der Verkauf öffentlichen Eigentums in Essen weitergehen: Jetzt beabsichtigen die Stadtwerke Essen ein Lease-Geschäft mit der Trinkwasserversorgung. Wie aus der Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der PDS-Ratsgruppe hervorgeht, hat der Aufsichtsrat der Stadtwerke AG am 13. 3. 2003 der Durchführung einem Cross-Boarder-Leasing des Frischwassernetzes grundsätzlich zugestimmt –bisher ohne jede Rückkopplung mit politischen Gremien wie dem Rat. „Trinkwasser ist ein Grundnahrungsmittel und lebensnotwendig für alle Menschen. Es ist absolut verantwortungslos, ausgerechnet diesen Bereich den letztlich doch unkalkulierbaren Risiken von US-Leasing-Geschäften zu unterwerfen. Die Vorbereitungen zu diesem Deal müssen sofort gestoppt werden“, so Ratsfrau Gabriele Giesecke. Obwohl nach Auskunft des Innenministeriums NRW jedes Ratsmitglied ein Einsichtsrecht in die Verträge hat, wird dies in Essen weiterhin verweigert. Die PDS-Ratsgruppe wird sich in dieser Angelegenheit jetzt an das Innenministerium wenden.

[www.pds-essen-im-rat.de](http://www.pds-essen-im-rat.de)

**PDS-Antrag angenommen:** OFFENBACH. Aus Anlass des Kriegsbeginns im Irak hatte die PDS-Fraktion der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung zwei Anträge unterbreitet. In einer „Erklärung für den Frieden“ geht es um einen Aufruf an die Bundesregierung, an ihrem Nein zur Kriegsbeteiligung festzuhalten und dass die Stadt Offenbach der weltweiten Initiative „Cities for peace“ beitreten solle. Nach Kriegsbeginn hat die Koalition hierzu einen aktualisierten Änderungsantrag eingebracht, der den Kern des PDS-Antrages positiv aufnahm. Auch mit einem zweiten Antrag, der sich für die umfassenden Ziele des Netzwerks ATTAC, darunter auch die Beendigung von Kriegen, ausspricht, erreichte die PDS-Fraktion eine Mehrheit zusammen mit Bündnis90/Die Grünen und SPD. Als zweite Stadt in der Bundesrepublik erklärte Offenbach damit seine Unterstützung für ATTAC Deutschland.

[www.pds-fraktion-offenbach.de](http://www.pds-fraktion-offenbach.de)

**Sozialamt muss Abschreckungspraxis unterlassen:** NEUSS. Die Rechtsaufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf hat dem Sozialamt Neuss untersagt, weiter an seiner umstrittenen Zugangsprüfung zur Sozialhilfe als bewusst praktizierter behördlicher Abschreckungsmethode festzuhalten. Ein Erstantragsteller musste sich einer „verstärkten Zugangsprüfung“ unterziehen, die darin bestand, dass er zu-



nächst auf dem Flur an einer sog. Infothek gestoppt wurde und einem Sachbearbeiter vor der Schlangene anderer Wartenden seinen „Fall“ schildern musste. Ihm wurde dann ein Blatt in die Hand gedrückt, mit den amtlicherseits erwarteten Vorleistungen, u.a. Bewerbungsnachweise bei Zeitarbeitsfirmen, eine Lohnbescheinigung und eine Heizkostenabrechnung, bevor es überhaupt zu einer Terminabsprache mit einem zuständigen Sachbearbeiter kommen könne. Sozialarbeiter in Neuss betrachteten diese Praxis als Schikane und beobachteten, dass die Schwellenangst vieler Menschen vor dem Sozialamt stieg.

[www.kommunale-info.de](http://www.kommunale-info.de)

**Krankenversicherung für Sozialhilfeempfänger:** BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt den Vorschlag der Rürup-Kommission, alle Sozialhilfeempfänger in die gesetzliche Krankenversicherung einzubeziehen. Knapp 560.000 Sozialhilfeempfänger sind derzeit nicht krankenversichert. Hierfür müssen die Kommunen jährlich mehr als 1,2 Milliarden Euro aufwenden; Tendenz steigend. Es könne nicht länger hingenommen werden, dass ein großer Personenkreis von der Krankenversicherung ausgeschlossen bliebe und steuerfinanziert wie ein Privatpatient behandelt werde.

[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

**Ergebnis des Vermittlungsausschusses:** BERLIN. Als „Schritt in die richtige Richtung“ hat der Deutsche Städtetag den Vorschlag des Vermittlungsausschusses bezeichnet, gegen Gewerbesteuer-oasen in Deutschland vorzugehen. „Es ist für die Städte ein positives Signal, dass vor allem die großen Kapitalgesellschaften wieder verstärkt zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden sollen“, sagte die stellv. Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Monika Kuban. Enttäuscht zeigte sich der Städtetag vom Gesamtergebnis der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. Konkret werde das Vermittlungsergebnis den Kommunen in ihrer dramatischen Finanzlage kaum etwas bringen, da überwiegend Regelungen zur Körperschaftsteuer vereinbart wurden, deren Aufkommen Bund und Ländern zusteht. Im Vergleich zum Beschluss des Bundestages werden die Kommunen nun deutliche Mindereinnahmen verkraften müssen. Nach Schätzungen des Bundesfinanzministers belaufen sie sich für das Jahr 2003 auf rund 283 Millionen Euro, für 2004 auf rund 1,3 Milliarden, für 2005 auf rund 2,15 Milliarden und für 2006 auf rund 2,3 Milliarden Euro. [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

Zusammenstellung: ulj

Die Gewerkschaft ver.di setzt sich derzeit bundesweit für ein Bündnis von Kommunen, caritativen Verbänden und Gewerkschaften ein mit dem Ziel einer „stabilen und solidarische/sozial gerechten Gemeindefinanzierung“. Bei einer Veranstaltung, zu der die Gewerkschaft ver.di eingeladen hatte und die von etwas mehr als hundert Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern besucht wurde, unterstrich auch der Münchner Oberbürgermeister Ude die Notwendigkeit eines solchen verbundenen Vorgehens.

In der Diskussion zeigte sich die Erbitterung der kommunalen Dienstleister, die ihre Arbeit in doppelter Weise missachtet sehen: durch unzureichende Entlohnung und sachliche Herabwürdigung. Es war viel von einem „natürlichen Bündnis“ zwischen Kommunen und Gewerkschaften die Rede. Auch die Repräsentanten der SPD scheuten deutliche Worte über die Qualität der einschlägigen Regierungspolitik nicht. – Die berechnete Kritik an der Wirtschaft, die sich der Steuerpflicht „gestaltend“ entzieht, an den Ländern, die „anschaffen ohne zu zahlen“, und am Bund, der „Aufgaben ohne Finanzierung abwälzt“, mündet beim gegenwärtigen Stadt der Diskussion offenbar vor allem in die Forderung an die Länder und den Bund, den Kommunen insgesamt einen größeren Teil des Steueraufkommens zu überlassen. Die Strukturveränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft, die dazu führen, dass die gesetzlichen Regelungen bei den verschiedenen Städten und Gemeinden ganz verschieden ankommen, werden einstweilen noch nicht erörtert. Im folgenden wird der Vortrag, in dem Birgit Ladwig die Position der Gewerkschaft ver.di darlegte, leicht gekürzt dokumentiert.

**ver.di-Position zur Gemeindefinanzreform – Rede von Birgit Ladwig, ver.di-Bundesvorstand, vom 10.04.2003 in München**

## Über ein Jahrzehnt kommunale Finanzkrise

Viele Städte, Gemeinden und Landkreise stehen finanziell am Abgrund. Seit über einem Jahrzehnt haben wir eine Gemeindefinanzkrise. Doch im Jahr 2003 spitzt sich diese Krise in einem Maße zu, wie wir seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt haben.

Die Talfahrt der Investitionen führt dazu, dass weniger gebaut wird, private Anschlussinvestitionen unterbleiben, Arbeitsplätze wegfallen und das Wirtschaftswachstum geschwächt wird. Die gegenwärtigen Haushaltsprobleme belasten zunehmend künftige Generationen. Betrug der Finanzierungssaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2000 noch + 1,9 Milliarden Euro, so rechnen wir für 2002 bereits mit einem Defizit von minus 6,5 Milliarden Euro und im Jahr 2003 werden es minus 8 Milliarden Euro sein. Ein zentraler Grund für die kommunalen Finanzprobleme liegt in dem gegenwärtigen Gewerbesteuer einbruch. Die Einnahmerückgänge des Jahres 2001 in Höhe von 11,5 % (netto) setzten sich 2002 fort: Gegenüber den bereits stark gesunkenen Einnahmen rechnen die Steuerschätzer nochmals mit einem weiteren Rückgang von 11,1 % (entsprechen gut 2,1 Mrd. Euro) und sie gehen von einem weiteren Rückgang um 2,4 % im Jahr 2003 aus. Dies zeigt deutlich, dass der Einbruch bei der Gewerbesteuer nicht nur ein zeitlich begrenztes Problem ist, sondern nach einer dauerhaften Lösung im Rahmen einer Gemeindefinanzreform verlangt.

Immer mehr Kommunen sind nicht mehr in der Lage, ihre sozialen, kulturellen und regionalpolitischen Aufgaben angemessen zu erfüllen und die Infra-

struktur zu erhalten. Die Grenzen der vertretbaren und sozialverträglichen Einsparungen sind in den meisten Kommunen längst erreicht.

**(Beispiele: Bildung/Stadtbibliotheken/Ki-tas ...)**

Dies nur zur Illustration der Tatsache, dass die Gemeinden immer weniger in der Lage sind ihre sogenannten freiwilligen und die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zu erfüllen. D.h., es ist nicht mehr nachhaltig garantiert,

– dass jeder ohne Diskriminierung und ggfs. zu erschwinglichen Preisen/Gebühren Zugang zu Bildung, Kultur, Informationen hat,

– dass Mobilität für Ältere, auch für weniger Begüterte, die sich kein Auto leisten können oder wollen, möglich ist,

– dass Versorgungs- und Entsorgungsdienstleistungen sozialverträglich und umweltorientiert gesteuert werden.

Diese Entwicklung ist alarmierend und muss gestoppt werden. Deutschlands Städte, Gemeinden und Landkreise brauchen deshalb eine schnelle Soforthilfe und eine Strukturreform.

**Deutschland braucht starke Städte!**

Städte, Gemeinden und Landkreise müssen mit ihrem Dienstleistungsangebot den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft sichern und sollen vor Ort den Sozialstaat für viele Bürgerinnen und Bürger erfahrbar machen. Mit ihrem wirtschaftsnahen Infrastrukturangebot schaffen die Kommunen die notwendigen Rahmenbedingungen für die ökonomische – auch internationale – Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen und Wirtschaftswachstum. Da-

mit dies in Zukunft auch so bleibt, brauchen die Kommunen ein Sofortprogramm und eine solide Strukturreform.

Unsere Demokratie und unsere kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr, wenn die Städte keine finanziellen Handlungsspielräume und damit auch kaum noch politische Gestaltungskraft haben.

Ein breites Bündnis vieler lokaler Akteure, d.h. der Bürger und Bürgerinnen, der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der kommunalen Politik kann dazu beitragen, den Finanzkollaps der Kommunen zu stoppen. Wir fordern auch die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände, die lokale Wirtschaft, die von öffentlichen Aufträgen und kommunalen Leistungen abhängig ist, die Sport- und Kulturvereine auf, die Forderungen von ver.di zur Gemeindefinanzreform gegenüber den Verantwortlichen in Bund und Ländern zu unterstützen.

#### **Gemeindefinanzen verbessern – keine „Aufkommensneutralität“ der Reform –**

Wir brauchen eine Umverteilung der Steuereinnahmen zugunsten der Kommunen. Die kommunalen Einnahmen werden seit Jahren ausgehöhlt. Gleichzeitig nehmen die Aufgaben und steigenden Belastungen durch die andauernd hohe Arbeitslosigkeit zu. Die Vorgabe der Bundesregierung, dass eine Gemeindefinanzreform zu keinen Einnahmeverstärkungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden führen darf, ist ein unverantwortlicher/schwerer Fehler. Diese politische Vorgabe gilt es zu kippen. Wenn die deutsche Wirtschaft aus der Krise kommen will, dann müssen auch die kommunalen Investitionen steigen. Die Kommunen sind der größte öffentliche Investor. Doch die kommunalen Investitionen liegen ungefähr um rund ein Drittel oder ca. 10 Mrd. Euro unter dem Niveau von 1992. Das bedeutet, dass von der Substanz gezehrt wird.

**Sofortprogramm –** Wir müssen sofort handeln, um den Finanzkollaps und drastische Einschnitte bei kommunalen Leistungen abzuwenden. Wir können nicht mehr warten, bis eine Reform vielleicht 2005 umgesetzt wird. Von höchster Priorität ist ein Investitionsprogramm des Bundes zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur in Höhe von 10 Mrd. Euro. Diese Geld würde unmittelbar z.B. in die Sanierung maroder Schulgebäude, Kindertageseinrichtungen, lokale Verkehrsinfrastruktur fließen und Aufträge und Beschäftigung für viele kleine und mittelständische Handwerks- und Betriebe bringen.

**Gemeindefinanzreform: Stabile und solidarische/sozial gerechte Gemeindefinanzierung –** Die Gewerkschaft ver.di fordert eine stabile und solidarische Gemeindefinanzierung. Stabil heißt hier, dass die kommunalen Finanzen nicht so stark mit dem Konjunkturverlauf schwanken dürfen. Die Kommunen brauchen planbare, stabile Einnahmen, um soziales und urbanes Leben für und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu finan-

zieren. Stabil und verlässlich können nur Einnahmen sein, die nicht allein gewinnabhängig sind. Nur so lassen sich starke, konjunkturbedingte Schwankungen der kommunalen Steuereinnahmen vermeiden. Alle Gruppen, die die kommunale Infrastruktur nutzen, müssen einen gerechten Finanzierungsbeitrag leisten. Das gilt insbesondere für die ortsansässige Wirtschaft. Das verstehen wir unter solidarischer Finanzierung. Eine wirtschaftskraftbezogene Steuer, die von den Unternehmen gezahlt wird, ist eine geeignete Möglichkeit, das steuerliche gemeinsame Interessenband zwischen lokaler Wirtschaft und Gemeinde zu stärken. Das kommunale Hebesatzrecht muss erhalten bleiben, um die kommunale Finanzautonomie zu stärken. Um die Einnahmen aus dieser Steuer zu stabilisieren, ist eine Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen und der Steuerbemessungsgrundlage erforderlich.

#### **Die Gemeinden, Städte und Landkreise brauchen:**

1. Eine Verbesserung der Gemeindefinanzen – keine „Aufkommensneutralität“ der Reform;
2. Eine stabile und solidarische Gemeindefinanzierung: Modernisierte Gewerbesteuer mit erweitertem Kreis der Steuerpflichtigen und breiterer Bemessungsgrundlage;
3. die Erschließung zusätzlicher Finanzierungsvolumina durch Wiedererhebung der Vermögensteuer und Stärkung der Grundsteuer;
4. ein Investitionsprogramm des Bundes zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur in Höhe von 10 Mrd. Euro;
5. keine neuen Aufgabenzuweisungen durch Bund und Länder an die Kommunen. Die Ebene, die die Aufgabenerfüllung beschließt, zahlt sie auch.

Priorität für ver.di hat, dass finanz- und strukturschwache Kommunen aus einer Reform unbedingt gestärkt hervorgehen müssen. In vielen Kommunen wurden über zehn Jahre lang durchaus „erfolgreiche“ Konsolidierungskonzepte durchgeführt. Trotzdem konnten diese Gemeinden ihre Haushalte nicht nachhaltig ausgleichen und ihre Investitionen auf ein Niveau bringen, das zumindest Substanzverzehr verhindert. Es ist genau diese katastrophale Entwicklung, nämlich dass sich viele Gemeinden nicht mehr aus eigener Kraft helfen können, die zu dem jetzt so starken Reformdruck geführt hat, der nun endlich – und eigentlich zu spät – in die Einsetzung einer Reformkommission mündete.

**BDI-Modell versus Modell der Kommunalen Spitzenverbände –** Das BDI-Modell sieht eine Absenkung der staatlichen ESt vor, die GewSt soll ganz abgeschafft werden. Die Gemeinden sollen einen Hebesatz/zuschlagsrecht auf die ESt-Schuld bzw. Körperschaftsteuer erheben können, für Unternehmen und Privatpersonen ein gleicher Satz. Die staatliche Körperschaftsteuer würde von jetzt 25 auf ca. 28-29% erhöht. Das Aufkommen würde sowohl wohnsitz- als auch betriebsstättenbezogen zugeordnet

werden.

Auf den Punkt gebracht lautet die Kritik daran, dass der Zuschlag auf die Körperschaftsteuer kein guter Ersatz für die Gewerbesteuer ist, weil • die Bemessungsgrundlage gewinnorientiert und damit noch schmaler ist, • der Kreis der Steuerpflichtigen zu eng ist, • das Aufkommen zu stark mit der Konjunktur schwankt, bei der KöSt hatten wir sogar ein negatives Aufkommen, d.h. Rückerstattungen • sie zu gestaltungsanfällig ist • Das Modell des BDI ist mit einem enormen Administrationsaufwand verbunden, der eine Einführung vor 2006 /7 unmöglich macht • wenig bedarfsorientierte Steuerverteilung, • Überforderung des kommunalen Finanzausgleiches und • hohe Grenzabschöpfungen von Steuermehreinnahmen (schlechte Anreize) • Kommunen mit unterschiedlich hohen Spitzensteuersätzen • Besteuerung erzeugt wahrscheinlich ineffiziente Wanderungsbewegungen • Strukturschwache, finanzschwache Kernstädte wahrscheinlich belastet werden.

Während beim Kommunalmodell der Beitrag der gesamten Wirtschaft an der kommunalen Steuerbasis (prozentualer Anteil an den Steuereinnahmen der Gemeinden) fast unverändert bleibt, käme es beim BDI-Modell zu drastischen Verschiebungen: • Während nach derzeitigem Recht Lohn- und einkommensteuerpflichtige Arbeitnehmer mit ca. knapp 48% zur kommunalen Steuerbasis beitragen, wären es beim BDI-Modell nach Berechnungen des BMF ca. 64 %. Das ist: • Politisch nicht vermittelbar und • Schwächt das Interessenband zwischen Kommune und Wirtschaft! • Und entspricht nicht den Nutzen und Vorteilen, die die Unternehmen aus den kommunalen Leistungsangeboten (harte und weiche Standortfaktoren) ziehen.

Die Streuung des Einkommensteueraufkommens zwischen Kommunen würde sich in einigen Bundesländern verdoppeln. In Hessen würden die Aufkommensdisparitäten beispielsweise je Einwohner auf ein Verhältnis von 1:900 steigen. Eine bedarfsorientierte Steuerverteilung könnte dann nur über den kommunalen Finanzausgleich geleistet werden, der dann aber völlig überstrapaziert würde. Die dann erforderliche stärkere Umverteilung im kommunalen Finanzausgleich hätte wiederum zur Folge, dass für die Kommunen der Anreiz, zusätzliche Steuermehreinnahmen aus dieser Quelle zu erzielen, – angeblich lt. BDI-Argumentation ein zentraler Vorteil dieses Modells – , ziemlich niedrig wäre.

Weiterhin würde der individuelle Spitzensteuersatz je nach Gemeinde stark abweichen bzw. unterschiedlich sein. Z.B. zwischen 38% in einer Umlandgemeinde und 44% in einer Großstadt. Dies lehnen wir nicht nur aus gewerkschaftlicher Sicht ab. So ein Effekt widerspricht dem finanzwissenschaftlichen Grundsatz, dass die staatliche Umverteilungspolitik auf die zentrale Bundesebe-

ne gehört. Bei kommunal unterschiedlich hohen Steuersätzen (oder auch Sozialhilfesätzen, die es auch aus diesem Grund nicht gibt), würden volkswirtschaftlich unerwünschte und auch ineffektive Wanderungsbewegungen ausgelöst durch die kommunale Umverteilungspolitik. Die individuelle Leistungsfähigkeit sollte mittels eines progressiven Einkommensteuertarifes, der für alle gleich sein muss, von der Bundesebene einheitlich geregelt werden.

**Aktuelles** – In seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 hat Bundeskanzler Schröder den Kommunen in Aussicht gestellt: Eine Entlastung für die Kommunen in Höhe von 800 Mio. Euro aus der Finanzierung des Flutopferfonds; Festhalten an der Gewerbesteuer; Kreditprogramm für die Kommunen in Höhe von 7 Milliarden für Investitionen; Entlastung bei den Sozialhilfekosten für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger; Mehreinnahmen durch geplante Abgeltungssteuer und Steuervergünstigungsabbaugesetz.

Zwar werden mit diesen Maßnahmen winzige Signale in die richtige Richtung gesetzt. Ausreichend sind sie aber bei weitem nicht und stellen eher den berühmten „Tropfen auf den heißen Stein“ oder ungewisse Versprechungen dar (Flutopferfonds, Abgeltungssteuer, Steuervergünstigungsabbaugesetz).

Zwar bedeutet ein Festhalten an der Gewerbesteuer auch eine Absage an das BDI-Modell eines kommunalen Zuschlags auf Einkommen- und Körperschaftsteuer. Das ist für sich genommen eine positive Nachricht. Jedoch gibt es wenige Tage nach Abgabe der Regierungserklärung schon Ernüchterung. Die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer soll lt. Bundeswirtschaftsminister Clement und anderen Meldungen aus dem BMF schmal, d.h. rein ertragsabhängig bleiben. Nur die Freiberufler sollen auch noch steuerpflichtig werden. Das heißt: es bleibt im Grunde bei einer ausgehöhlten und konjunkturabhängigen Gewerbesteuer. Für dieses Reformchen mit absehbar geringen Effekten hätte man keine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen einsetzen müssen.

Ein Kreditprogramm hilft den hoch verschuldeten Kommunen nur wenig. Kommunen mit einem jetzt schon satzungswidrigen Haushalt können daraus keinen Nutzen ziehen.

Reformmeier zeigt die Bundesregierung allein dann, wenn es gilt Kosten auf dem Rücken der sozial schwächsten einzusparen. Der an sich richtige Ansatz, zwei Leistungssysteme für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger und Empfänger von Arbeitslosenhilfe zu integrieren, wird pervertiert, indem die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe abgesenkt werden soll. Es ist auch nicht akzeptabel, dass die Bundesanstalt für Arbeit allein für die leicht vermittelbaren Arbeitslosen zuständig sein soll, wie Herr Gerster es offensichtlich wünscht.

Meine Einschätzung ist, dass sich die Gemeindefinanzkommission wohl kaum auf ein gemeinsames Modell einigen wird. Ich vermute, dass die Bundesregierung einen Vorschlag einbringen wird, der auf eine fast nur ertragsabhängige Gewerbesteuer hinauslaufen wird, die auch Freiberufler zahlen müssen. Es wird darauf ankommen, wie weit es den kommunalen Spitzenverbänden den Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit einigen Ländern und den Regierungsfractionen gelingt, möglichst viele ertragsunabhängige Besteuerungskomponenten gegen den Widerstand der Wirtschaft durchzusetzen.

**Bündnis mit Kommunalen Spitzenverbänden** – In Bayern und in München, aber auch in anderen Städten ist es schon gelungen, dass gemeinsame Erklärungen, Bündnisse unter Beteiligung von ver.di zu schließen. Wir arbeiten auch auf Bundesebene daran. Inhaltlich gibt es dafür gemeinsame tragfähige Forderungen, die vor allem auf die Gewerbesteuerreform, das „Knacken“ der Aufkommensneutralität und Sofortmaßnahmen für die Kommunen zielen. Schwieriger sieht es beim heiß umstrittenen Thema Zusammenlegung der Sozial-/Arbeitslosenhilfe aus. Ver.di lehnt es jedenfalls entschieden ab, dass der Sanierungsbeitrag für die Gemeinden bzw. der Ausgleich für Gewerbesteuereintrüche durch drastische Leistungseinschränkungen bei Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfeempfängern finanziert wird. Das wäre geradezu zynisch.

Nach der Regierungserklärung haben die Kommunalen Spitzenverbände zunächst Hoffnung geschöpft und von gemeinsamen bundesweiten Aktionen mit ver.di zum damaligen Zeitpunkt noch abgesehen. Man sieht hier in München, dass das von wichtigen Mitgliedstädten des Deutschen Städtetages und auch vom Bayerischen Städtetag anders gesehen wird. Ich kann nur hoffen, dass im Sinne des gemeinsamen Ziels, einer Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation, es im Laufe des Mais doch zu einem stärker koordinierten Vorgehen auch auf Bundesebene kommt. Es sind noch einmal Spitzengespräche für Ende April vorgesehen.

**Schluss** – Die Gemeinden brauchen eine spürbare Verbesserung ihrer Finanzausstattung/Einnahmesituation. Die Städte, Gemeinden und Landkreise werden sonst bald die wirtschaftliche Basis für ihre gesellschaftliche Integrationskraft verlieren. Ich stelle fest: es ist schon fünf Minuten nach zwölf! Die Gemeindefinanzreform geht alle GewerkschafterInnen an, alle Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen auf allen politischen Ebenen Druck machen, damit das lokale Gemeinwesen nicht kaputtgespart und gelähmt wird.

Eine Veröffentlichung der ver.di, Bezirk München, Bayerstr. 69, 80335 München, Heinrich Birner, Telefon 089/ 599 77 – 9100, Telefax: 089/ 599 77 – 7775, e-mail: heinrich.birner@verdi.de

## Wirtschaft entsetzt über „Reformenstreit“ in der SPD.

– HB, Donnerstag, 17.4.2003.

„Das letzte, was wir brauchen ist, dass Reformpläne schon wieder zerredet werden“, so M. Wansleben, Hauptgeschäftsführer DIHK. Auch M. Rogowski (BDI) sagt, das Frühjahrsgutachten habe gezeigt, dass der Kanzler nicht locker lassen dürfe. „Sonst wird die SPD-Linke ihn immer wieder vorführen“. Rogowski warnte vor der Illusion, die angekündigten Maßnahmen reichten aus, damit die Wirtschaft wieder floriert. Weitere Reformen seien nötig, etwa im Gesundheitssystem und beim Kündigungsschutz. Auch die Industrie sei bereit, ihren Teil beizutragen. Das BDI-Angebot stehe weiterhin, alle Subventionen in den nächsten Jahren pauschal um 10 Prozent zu kürzen. Eine Schiefelage zugunsten der Wirtschaft und Reichen, wie sie die SPD-Linke kritisiert, sieht Rogowski in Schröders Reformen nicht.

## Deutsche Wirtschaft hat EU-Erweiterung schon vollzogen.

– HB, Donnerstag, 17.04.2003. „Aus Sicht der Industrie übertreffen die Vorteile der Erweiterung schon jetzt bei weitem die Kosten“, so BDI-Chef M. Rogowski. Mittlerweile würden die acht Beitrittsländer aus Mittel- und Osteuropa mehr als 10 Prozent der deutschen Exporte aufnehmen – und damit ebenso viel wie die USA. Weil die Wirtschaft den Beitritt schon vorweggenommen habe, wird der förmliche Vollzug der Osterweiterung nach Einschätzung des IWH keine Konjunkturimpulse in Deutschland auslösen. Während der Export deutscher Waren und Dienstleistungen 2002 allgemein um 1,6 Prozent zulegte, erzielten die deutschen Exporteure in den Beitrittsländern einen Zuwachs von 7,6 Prozent.

## Eigener Zugang Europas zum Weltall gefährdet.

– Freitag/Samstag, 11./12. 4. 2003. Die Raumfahrtindustrie braucht finanzielle Unterstützung. Ende Mai kommen die Forschungsminister der Mitgliedsländer der European Space Agency (ESA) zu einem außerordentlichen Treffen in Paris zusammen. Thema: Zukunft der Europarakete Ariadne 5. Die Bundesregierung hat die Mittel um 42 Mio im laufenden Haushalt gekürzt, ganz im Gegenteil zur USA, deren Raketenbauer stark von den militärischen Aufträgen profitieren. Washington stockte die Gelder nach dem Absturz der Columbia auf. „Weitere 200 bis 250 Arbeitsplätze könnten in Folge der Kürzungen im Mittelstand wegfallen“ klagte H.-J. Gante, Geschäftsführer der deutschen Luft- und Raumfahrt (BDLI).

Presseauswertung: rst



**Zu den aktuellen Diskussionen über soziale Gerechtigkeit in der SPD erklärt der PDS-Bundesgeschäftsführer Uwe Hiks:**

Der SPD-Sonderparteitag am 1. Juni wird schon zur Farce, bevor er stattgefunden hat. Die Delegierten sollen „über den Bundeskanzler, seine Politik und die Reformen befinden“. Damit legt die SPD-Führung endgültig ihre Hand an die Zukunft aller traditionellen Werte der Sozialdemokratie. Durch diesen Parteitag wird die SPD endgültig zu einem Kanzlerwahlverein degradiert.

Die SPD-Delegierten werden von Schröder nun schon zum zweiten Mal erpresst. Denn, da der Generalsekretär der SPD, Olaf Scholz, feststellt, es könne keinerlei Veränderung an dem Reformpaket geben, erklärt er Sozialabbau zu einer Gesetzmäßigkeit. Was ist das andere, als das Ende der Sozialdemokratie?

Die deutsche Politik steht an einem Wendepunkt. Das seit Monaten anhaltende Sperrfeuer der Unternehmerverbände und führender Vertreter aus

CDU/CSU, FDP aber auch immer größerer Teile der SPD- und Grünen-Parteispitzen markiert einen radikalen Politikwechsel. Der geht gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen. Und damit wird das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz immer weiter ausgehebelt.

**Am 25. Mai sind in Bremen Bürgerschaftswahlen.** Die Bremer PDS hat ihre Kandidaten aufgestellt und plant auch zahlreiche Veranstaltungen mit Personen der PDS aus dem Bundestag, Europaparlament und Ministern aus den neuen Bundesländern. Gabi Zimmer kommt zu einer Wahlkampfkundgebung. Über die Aussichten einer Kandidatur schreiben die Bremer PDSler im Wahlprogramm:

„Lohnt es sich überhaupt, die PDS zu wählen?

Eine Stimme für die PDS ist eine Stimme gegen die Große Koalition. Sie wirkt gegen Sozialabbau und Privatisierungswut. Die PDS macht seit acht Jahren aktiv Politik in mehreren Beiräten der Stadt Bremen. Dort werden wir

wieder antreten, um unsere Position zu stärken. Bei der letzten Bürgerschaftswahl erhielt die PDS landesweit etwa drei Prozent der Stimmen. In einigen Wahlkreisen der Bremer Innenstadt erzielt sie seit langem regelmäßig bis zu neun Prozent. Dieses Ergebnis konnte sie bei der letzten Bundestagswahl halten. Drei Prozent – das ist ausbaufähig. Und so kann es klappen: Wir wollen Nichtwählerinnen und Nichtwähler eine Wahlalternative bieten. Und: Schon geringe Verschiebungen von SPD und Grüne nach links können die PDS über die 5-Prozent-Hürde hieven. Und diese Verschiebung nach links wäre doch dringend geboten. Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik des Sozialabbaus. In diesem Programm wollen wir Ihnen unsere Politikkonzepte vorstellen. Im Wahlkampf wollen wir sie mit Ihnen diskutieren. Einen Senat mit PDS-Beteiligung wird es nicht geben, aber: Wir wollen in die Bürgerschaft, um für eine andere Politik zu streiten. Informieren Sie sich. Reden Sie mit uns.“

*Zusammenstellung: jöd*

**Zu- und Gegenstand der „Antiglobalisierungsbewegung**

# Multinationaler Kongress mit bayerischem Biergarten

**23. bis 25. Mai 2003  
an der Universität  
München**

Seit dem Ende der Blockkonfrontation und der Systemkonkurrenz wird von vielen ein zentrales Element des gegenwärtigen Stadiums des weltweit konkurrenzlosen kapitalistischen Systems als „Globalisierung“ bezeichnet. Sogar in Deutschland hat sich eine große, heterogene Bewegung gebildet, die seit einigen Jahren vor allem gegen die Zusammenkünfte der Vertreter der kapitalistischen Metropolen und ihrer Institutionen (WTO, NATO, EU, etc...) mobilisiert. Für manche systemoppositionellen Kräfte ist sie, auf der Suche nach einem revolutionären Subjekt, ein Hoffnungsschimmer am Horizont. Es zeigt sich eine soziale Bewegung die – im Unterschied zur Ökologie- oder Friedensbewegung – die Ökonomie als Hauptansatzpunkt ihrer Aktivitäten gewählt hat. Tausende strömen gegen die ungerechte Welt auf die Straßen, ohne dass jedoch genau klar wird, was mit

der kritisierten „Globalisierung“ oder dem „neoliberalen Turbokapitalismus“ eigentlich gemeint ist. Es ist an der Zeit einen fundierten Blick auf die „Bedrohung Globalisierung“ und die dagegen gerichtete Bewegung zu werfen.

Der Kongress „Spiel ohne Grenzen“ soll zwei Dinge leisten: Einerseits wird, anknüpfend an seit längerem vereinzelt geführte Debatten, die Kritik an der „Antiglobalisierungsbewegung“ überprüft, zusammengeführt und weiterentwickelt. Es ist eine zentrale Frage, welche progressiven Ansätze in dieser Bewegung stecken und wie gefährlich das reaktionäre Potential darin ist. Daher soll der Kongress verschiedenen Strömungen der Linken die Möglichkeit bieten, über die Antiglobalisierungsbewegung kontrovers zu diskutieren.

Andererseits soll über die Tragfähigkeit von konkurrierenden theoretischen Modellen diskutiert werden, die den gegenwärtigen Zustand der kapitalistischen Welt beschreiben. Die möglichst genaue Analyse

## SPIEL OHNE GRENZEN

Zu- und Gegenstand der  
»Antiglobalisierungsbewegung«

Multinationaler Kongress  
mit bayerischem Biergarten

23.-25. Mai 2003

Universität München  
Geschwister-Scholl-Platz 1



**MIT**  
Roger Behrens  
Peter Bierl  
Mario Candelas  
Thomas Ebermann  
Stefan Eggerding  
Hermann Gremlitz  
Stephan Grigat  
Gruppe Demontage  
Jürgen Halbmair  
Marcet Malachowski  
phase2  
Post-AAB  
Thomas Schmiedinger  
Thomas Schroeder  
Rainer Trampert  
Andrea Woelke  
Winfried Wolf  
Udo Wolter  
u.v.a.

**THEMEN**  
Politische Ökonomie  
Imperialismus  
Empire  
Postfordismus  
»transnationales« Kapital  
Ideologiekritik  
Verkürzte Kapitalismuskritik  
Antisemitismus  
Verschwörungstheorien  
Antiamerikanismus  
Globalisierungskritik von Rechts  
Kultur und Identität  
Rationalisierung  
Kulturindustrie  
Globale Kommunikationsstrukturen  
Multikulturalismus  
Mode und Musik



Alle Veranstaltungen sind kostenlos.  
»Spiel ohne Grenzen« ist ein Projekt der PDS München.  
»Jungle World konkret« ist ein Projekt der PDS München.  
»phase2« ist ein Projekt der PDS München.  
Eine Veranstaltung des Studierenden-Sprecherrates

[www.spiel-ohne-grenzen.org](http://www.spiel-ohne-grenzen.org)

des von Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen, von Ausbeutungsstrukturen und sozialen Schichtungen geprägten Systems ist Voraussetzung für die Entwicklung von Überwindungsstrategien.

## POLITISCHE ÖKONOMIE

Zunächst werden in mehreren Veranstaltungen zentral diskutierte Konzepte zur Analyse des Kapitalismus auf ihre Stärken und Schwächen hin überprüft: Empire, Postfordismus, Neoliberalismus und Imperialismus.

Weiterhin wird untersucht, was sich als Hauptfeindbild der globalisierungskritischen Bewegung bezeichnen lässt: Das sogenannte transnationale Kapital. Nachgegangen wird der Frage, ob sich das Kapital in der Globalisierung aus der Bindung an den Nationalstaat wirklich gelöst hat und welche Rolle dem Nationalstaat im globalen Kräftespiel zukommt. Sind der an Geschwindigkeit zunehmende Abbau sozialer Sicherungssysteme und die verstärkten innerimperialistischen Konkurrenzkämpfe um Einflussphären, Rohstoffe und Absatzmärkte Phänomene, die sich mit der angeblichen Auflösung des Nationalstaates in der Globalisierung erklären lassen? Und sind es Entwicklungen, die sich mit dem Ruf nach dem Sozialstaat oder der Kontrolle der Finanzmärkte aufhalten lassen? Eine Bewegung, die sich mit der Regierung einig ist, dass der Kapitalismus nicht das Grundübel ist, sondern lediglich national kontrolliert und sozial gestaltet werden muss, die blind dem strömungsübergreifenden Konsens vom „ressourcengeilen Weltpolizisten USA“ als eindimensionale Erklärung für geopolitische Neuordnungen und Auseinandersetzungen zustimmt, ist für die Linke kein Gewinn.

## IDEOLOGIEKRITIK

Selbst dort, wo innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung fundamentale Opposition gegen das kapitalistische Verwertungsprinzip eingefordert wird, tauchen nicht selten Verschwörungstheorien, längst überwunden geglaubte dichotomisch-antiimperialistische Weltbilder, antisemitische Stereotype und nationalrevolutionäre Querfrontstrategien wieder auf, denen entgegengetreten werden muss.

Wie neben vielen Beispielen auch die Demonstration gegen die „Sicherheitskonferenz“ in München gezeigt hat, wollen auch Rechtsextreme in Sachen „Globalisierungskritik“ gerne andocken. Wenn sie sich, wie schon in diversen deutschen Städten passiert, den Protestzügen anschließen und Parolen wie „Nationale Rebellion gegen die Globalisierung“ skandieren, dann reicht es nicht aus, dies allein mit deren taktischem Kalkül zu erklären. Es kommt ihnen entgegen, dass auch Bewegungs-Linke oft nicht in der Lage sind, Kapitalismus als gesellschaftliches Verhältnis zu kritisieren, sondern ihn in die einzelnen Bereiche Staat, Poli-

## PROGRAMM

### vorläufiges Programm:

<b>Freitag: 23.05.2003</b>		
<b>19.00 Uhr</b> <b>Antiamerikanismus - Antikapitalismus für Dumme?</b> - Hermann Gremliza (Herausgeber konkret, Hamburg) - phase2 (Redaktion Berlin) - Mod.: Torsten Weber (17grad, München)		
<b>Samstag: 24.05.2003</b>		
<b>9.30 Uhr - 10.00 Uhr: Eröffnung</b>		
<b>10.00 Uhr - 12.00 Uhr</b> <b>Globalisierungskritik und reaktionäre Ideologien</b> - Peter Bierl (Autor, München) - Thomas Schmidinger (Redakteur Context XXI) - Kritik und Praxis Berlin (ex aab) (Berlin) - Mod.: NN		
<b>12.00 Uhr - 13.30 Uhr</b>		
<b>Nationalstaatserei und Globalisierung</b> - Rainer Trampert (Autor, Hamburg)		<b>Globale Kommunikationsstrukturen</b> - B. Gröndal (Journalist, Berlin)
<b>13.30 Uhr - 14.30 Uhr: Pause</b>		
<b>14.30 Uhr - 16.00 Uhr</b>		
<b>No Logo - no music</b> - Marcel Malachowski (Autor Jungle World, Berlin)		<b>(Post)fordismus in der Peripherie</b> - Gruppe Demontage (Hamburg)
<b>16.00 Uhr - 18.00 Uhr</b>		
<b>Fetischistische Wertverwertung, Globalisierung und Israel</b> - Andrea Woeldike (Autorin, Hamburg) - Stephan Grigat (Café Critique, Wien)		<b>Empire, Wallerstein und Wertkritik</b> - Fabian Kettner (Rote Ruhr Uni, Bochum) - N.N.
<b>18.00 Uhr - 19.30 Uhr</b>		
<b>Globalisierung als Ideologie</b> - Thomas Ebermann (Autor, Hamburg)		"Transnationales" Kapital - Realität oder Projektion? - Winfried Wolff (Autor, Stuttgart)
<b>19.30 Uhr - 20.30 Uhr</b> <b>Halbzeit-Analyse zum Spiel ohne Grenzen</b> <b>Wo ist und was vermag die Kunst?</b> - Victor Halb (Autor, Nürnberg)		
<b>ab 20.00 Uhr: bayerischer Biergarten</b>		
<b>Sonntag 25.05.2003</b>		
<b>9.30 Uhr - 11.30 Uhr</b>		
<b>Come together: Kultur und Identität</b> - Roger Behrens (Herausgeber Testcard, Hamburg) - Thommy Schroedter (Buko, Paderborn) - Mod.: Torsten Weber (17grad, München)		<b>Kritik des postkolonialen Antiimperialismus</b> - Udo Wolter (Autor, Berlin)
<b>11.30 Uhr - 13.30 Uhr</b>		
<b>Neoliberalismus, Hegemonie und Opposition</b> - Mario Candeias (Autor Das Argument, Berlin) - Gruppe Demontage (Hamburg) - Mod.: Jule Gilles (Akip, München)		<b>Der Imperialismus als Papiertiger</b> - Stefan Eggerdinger (Herausgeber Streibar Materialismus, München)
<b>14.00 Uhr: Abschlussveranstaltung</b>		

tik und Wirtschaft zerlegen. Das hat die Illusion zur Folge, Staat und Politik könnten den „Raubtierkapitalismus“ bändigen. Dort, wo Teile der Bewegung den Nationalstaat gegenüber dem globalisierten Kapital stärken und die Institutionen des Kapitalismus stärker kontrollieren wollen, entstehen in der Außenwirkung fatale Gemeinsamkeiten.

Was führt zur Duldung von Nazis und Antisemiten auf Demonstrationen oder zur emotional positiven Bezugnahme auf die bundesdeutsche Regierungspolitik im Konkurrenzkampf mit den USA?

Obwohl der emanzipative Anspruch großer Teile der globalisierungskritischen Bewegung denen der extremen Rechten diametral entgegenstehen, sind

manche Programmatiken zum Verwechseln ähnlich. Auch relevante Teile der globalisierungskritischen Bewegung preisen die Vorzüge des Lokalen, des Nationalstaats und kritisieren statt des Kapitalismus lediglich die Finanzmärkte und das Geld.

Dabei ist im Kapitalismus jede Arbeit Ware, und der Handel von Geld unterscheidet sich nicht prinzipiell vom Handel mit Computern oder Karotten. Die Dämonisierung von Börsenhandel und Spekulation führt zur analytisch falschen Unterteilung in produktive und spekulative Sphäre des Kapitals. Dies entspricht in letzter Konsequenz der rechten Demagogie vom „raffenden“ und „schaffenden“ Kapital.

## KULTUR UND IDENTITÄT

Das erste, was mit Globalisierung assoziiert wird, ist die banale Aussage, dass heute alle über kulturelle und geographische Grenzen hinweg miteinander kommunizieren könnten, so sie denn wollten. Wir wollen überprüfen, ob dies stimmt und welche kulturellen und gesellschaftlichen Implikationen und Auswirkungen dies hätte. Der Kongress wird sowohl „Globalisierung“ als auch die „Antiglobalisierungsbewegung“ als Kulturphänomen untersuchen.

Das Unbehagen über die Annahme, die zunehmende weltweite Vernetzung führe zu einer Angleichung der Kulturen, zu ei-

nem identitätslosen Einheitsbrei unter der Vorherrschaft von Coca Cola und schlechten Soaps, lässt bei kritischen Geistern oft den Wunsch nach Authentizität aufkommen: Sei es die Verherrlichung der „naturnahen“ Lebensweise von Menschen in der sogenannten dritten Welt und damit der Wunsch, diesen den Fortschritt in Form von technischen Errungenschaften zu verweigern, sei es die Verückung mit der mensch der Musik dieser „unverdorbenen“ Leute lauscht. Sei es die Idee, sich eine persönliche heile, spirituelle Selbstversorgerwelt aufzubauen und aus dem Verwertungsprinzip auszusteigen, sei es der Trend, der dia-

gnostizierten „Amerikanisierung“ der Gesellschaft längst überwunden geglaubte Traditionen oder angebliche kulturelle Wurzeln entgegenzusetzen.

Die Versuche durch kulturelle Renationalisierung und Regionalisierung ein Gegengewicht zur anscheinend alles erdrückenden globalen Kulturindustrie zu setzen sind ebenso Thema, wie die identitären Konzepte von sozialen Bewegungen, ihre Ausdrucksformen und der Multikulturalismuskurs.

*Ak Antisemitismus – AStA der Universität München – r.a.be – Ak Internationale Politik der PDS München – HaidhausenKolleg*

## Stuart Eizenstat über die Entschädigung für Opfer der NS-Zwangsarbeit

# Ein lesenswerter Insiderbericht

Der frühere amerikanische Staatssekretär Stuart E. Eizenstat hat seine Erinnerungen über die Entschädigungsverhandlungen für Opfer der NS-Zwangsarbeit veröffentlicht. Eizenstat war Chefunterhändler der US-Administration von Präsident Clinton und damit der wichtigste Gegenspieler der deutschen Industrie bei den Verhandlungen.

Vor seiner Beauftragung zum Chefunterhändler bei den Entschädigungsverhandlungen war Eizenstat unter anderem politischer Chefberater in Jimmy Carters Wahlkampfteam 1978 und US-Botschafter bei der Europäischen Union gewesen. 1995 erhielt er in dieser Funktion vom Außenministerium in Washington den Auftrag, in den osteuropäischen Staaten die Rückgabe des von den Nazis beschlagnahmten jüdischen Eigentums zu erreichen. Dadurch kam Eizenstat nach seiner Darstellung erstmals in enge Berührung mit dem Schicksal osteuro-

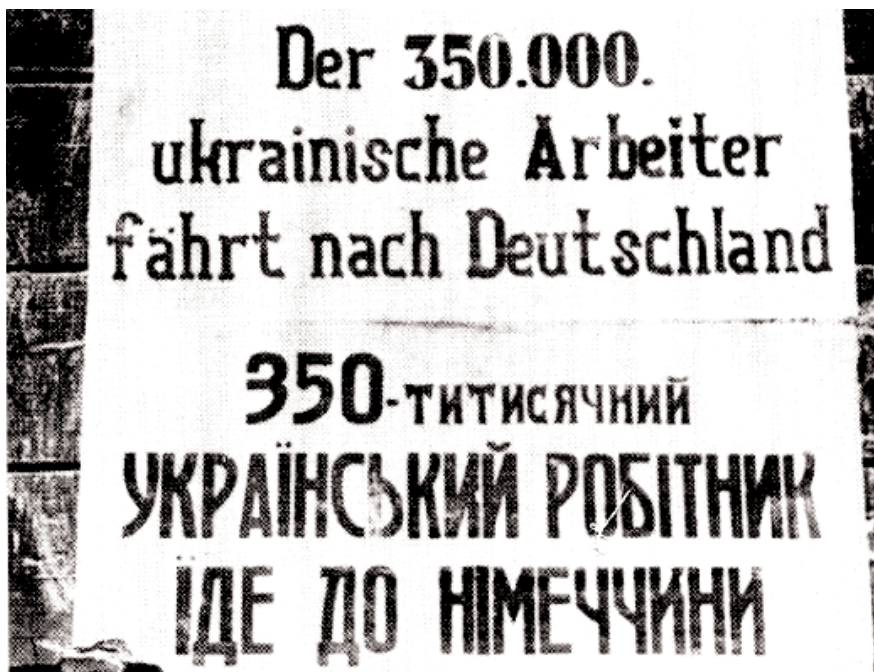
päischer Nazi-Opfer – bis hin zu der persönlichen Entdeckung, dass drei Schwestern seiner Großmutter in Litauen von den Nazis ermordet worden waren. Erstmals wurde ihm nach seinen Worten in dieser Zeit bewusst, dass die osteuropäischen Opfer Hitlers „von den Deutschen nie eine Kompensation erhalten hatten, die vergleichbar gewesen wäre mit den Milliarden, die an jüdische Holocaust-Opfer geflossen waren“.

Durch einen Artikel im Wall Street Journal vom 21. Juni 1995 wurde Eizenstat in dieser Zeit auch auf den „Schweizer Bankenskandal“ aufmerksam, d.h. auf die Ausraubung und das Verschwindenlassen jüdischer Konten bei Schweizer Banken während der NS-Zeit. Er wirkte die Befugnis des Außenministeriums, auch diesen Bereich in seinen Sonderauftrag einzubeziehen. Die damit beginnende Schweizer Bankenaffäre wurde so zum Auslöser eines Prozesses,

der, wie er schreibt, „zur Schlussabrechnung mit dem Zweiten Weltkrieg geriet“.

Eizenstat schildert in seinen Erinnerungen spannend die Auseinandersetzungen mit den Schweizer Banken, auf deren Seite damals u.a. der heutige Deutsche-Bank-Chef Ackermann und der spätere (inzwischen wegen einer Call-girl-Affäre wieder aus dem Amt geschiedene) Schweizer Botschafter in Berlin, Borer, agierten. Vor allem die von NS-Opfern im Verein mit US-amerikanischen Anwälten vor US-Gerichten eingereichten Sammelklagen gegen deutsche Konzerne führten schließlich dazu, dass sich auch die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik nicht länger der Frage entziehen konnte, warum sie fünfzig Jahre nach Kriegsende noch keine Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter gezahlt hatten.

Eizenstats Schilderungen dieser Verhandlungen sind spannend zu lesen und lohnen die Lektüre für alle an diesem Thema Interessierten. Denn der US-Staatssekretär schildert schonungslos die schäbigen Versuche der deutschen Wirtschaft und der Regierungsbürokraten, sich billig herauszukaufen. Genau das hatten US-Anwälte wie Mel Weiss, Ed Fagan und Micheal Hausfeld schon früh geahnt und deshalb ihre Sammelklagen eingereicht. Während die Regierung Kohl bis zu ihrem Amtsende 1998 noch jede Verhandlungen ablehnte, begann die deutsche Wirtschaft unter Führung von DaimlerChrysler-Finanzchef Gentz nach Eizenstats Schilderung schon vor der Bundestagswahl 1998 mit der Planung einer Abwehrstrategie, die bei dem SPD-Kanzlerkandidaten Schröder sofort auf Unterstützung stieß. Nach der Wahl kam es dann zu einem ersten Kontakt zwischen Schröder und der Wirtschaft über diese Fragen und in der Folge zwischen Eizenstat und dem neuen Kanzleramtsschef Bodo Hombach. Eizenstat und seine Leute waren über das Agieren Hombachs nach seiner Darstellung entsetzt:





„Hombach argumentierte, dass Polen und Tschechen und andere schon seit Generationen freiwillig nach Deutschland gekommen seien, um als Erntehelfer etwas Geld zu verdienen. Hombach verweigerte deshalb in den ersten Gesprächen jede Entschädigung für osteuropäische NS-Opfer und wollte mit den US-Anwälten nichts zu tun haben.“

Eizenstat erfuhr von Hombach lediglich vertraulich, dass die deutsche Industrie 1,7 Milliarden DM für einen „Zukunftsfonds“ ausgeben wolle. Dieser Betrag solle, so der erste Plan von Wirtschaft und Bundesregierung, ausreichen, um alle Klagen gegen deutsche Firmen vor US-Gerichten niederzuschlagen.

Auch später folgende erste Gespräche von Eizenstat mit Gentz ergaben keinen großen Fortschritt. „Der Darstellung Gentz’ zufolge sollten nur Arbeitssklaven und Zwangsarbeiter, die heute in Armut lebten, in den Genuss einer finanziellen Entschädigung kommen dürfen.“

Eizenstat schreibt, ihm sei klar geworden, dass unter diesen Umständen nur eine große Druck- und Drohkulisse unter Einbeziehung der US-Anwälte, der Jewish Claims Conference und der Regierungen der osteuropäischen Staaten und Israels zu einer befriedigenden Lösung führen könne. Er organisierte „Vollversammlungen“ aller Seiten in Washington und Berlin. Dabei zwang er gemeinsam mit den US-Anwälten und den anderen Vertretern der Opfer der Nazi-Zeit die deutsche Wirtschaft und Regierung Schritt für Schritt zu weiteren Zugeständnissen und zur Erhöhung ihres Angebots, bis endlich die von ihm nach seiner Schilderung schon früh angestrebte Gesamtsumme von 10 Milliarden DM erreicht war. Dass die Bundesregierung dabei der deutschen Wirtschaft faktisch nur eine Zahlung von 2,5 Milliarden DM auferlegte, weil der offizielle Anteil der Wirtschaft von 5 Milliarden DM als Betriebsausgaben steuerlich absetzbar erklärt wurde, interessierte Eizenstat dabei nur am Rande.

Trotzdem: Die deutsche Wirtschaft und die Bundesregierung kommen in dem Insiderbericht des Staatssekretärs, der selbstverständlich die eigene Rolle ins gebührende Licht zu rücken versteht, bis zum Schluss schlecht weg. Ausführlich schildert Eizenstat einen letzten Wutausbruch von Daimler-Finanzchef Gentz noch am Tag der Unterzeichnung aller Verträge in Berlin. „Gentz krönte seine Litanei mit einer letzten Beleidigung. Weit entfernt von Partnerschaft zur Sicherung des Rechtsfriedens habe es in Wirklichkeit eine Diktatur der USA gegeben.“

Auch die Bürokraten der Bundesregierung kommen nicht gut weg. Bei der Umsetzung der Verträge und Vereinbarungen in ein deutsches Gesetz habe es Otto Löffler, verantwortlicher Beamter des Bundesfinanzministeriums für die Ausarbeitung des ersten Gesetzentwurfs, geschafft, dass sich „viele unserer müh-



sam errungenen Kompromisse bei ihm in Luft auflösen“. Nur durch heftige Interventionen im Hintergrund sei es gelungen, dass am Ende die wichtigsten Vereinbarungen auch im Gesetz standen.

Die inhaltsreiche und detaillierte Schilderung der Entschädigungsverhandlungen durch Eizenstat scheint bis zum Schluss bei der Wirtschaft nicht auf Gegenliebe gestoßen zu sein. Die an den Washingtoner und Berliner Verhandlungen beteiligte frühere PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke berichtete kürzlich in der „jungen welt“, Manfred Gentz habe sich mit einem vierseitigen Brief vom 10. März 2003 gegen verschiedene Passagen verwahrt.

Derselbe Manfred Gentz bekam übrigens vor einigen Monaten von Bundespräsident Rau einen Orden verliehen – für seine Verdienste bei der Entschädigung von NS-Zwangsarbeit. *rül*

**Stuart E. Eizenstat, Unvollkommene Gerechtigkeit. Der Streit um die Entschädigung der Opfer von Zwangsarbeit und Enteignung. C. Bertelsmann Verlag, München 2003, 480 Seiten, 24,90 Euro. ISBN 3-570-00680-8**

**Buchtip:**

## In geheimer Mission

**SPION AUS DEUTSCHLAND. Wie das Leben des Seemanns und Doppelagenten Richard Krebs gelüftet wurde**

**Von Ernst von Waldenfels**

Am 28. November 1937, vor 55 Jahren, erschien in der dänischen KP-Zeitung Arbeiterbladet ein Steckbrief. Gewarnt wurde vor einem Deutschen namens Richard Krebs. Der Steckbrief war mit einem Passfoto aus dessen Gestapo-Ausweis versehen. Drei Jahre später schlug der angebliche Gestapo-Agent zurück: Er veröffentlichte in den USA unter dem Pseudonym Jan Valtin einen Bericht seiner Vergangenheit als Seemann, Revolutionär und Instrukteur der Kommunistischen Internationale, in der er gar nicht

bestritt, für die Gestapo tätig gewesen zu sein, gleichwohl behauptete, dies sei mit Wissen und auf Veranlassung des sowjetischen Geheimdienstes GPU geschehen.

Diese ungemein spannende, angebliche Autobiografie, die auf jeder Seite absolute Authentizität behauptet, hielt sich das ganze Jahr 1941 über an der Spitze der amerikanischen Bestsellerlisten, wurde in alle Welt Sprachen übersetzt, löste eine Reihe von Publikationen in Skandinavien aus und wurde 1982 in Frankreich als „la ombre rouge“ verfilmt.

Auf Deutsch erschien das Buch erst 1957 unter dem Titel „Tagebuch der Hölle“ und wurde nie von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen. Der Germanist Michael Rohrwasser, der sich in den achtziger Jahre als Erster auf die Spuren von Richard Krebs begab, berichtet, dass alle im literarischen Establishment der BRD, mit denen er sprach, das Buch zwar gekannt, niemand aber mit ihm und seinem Autor assoziiert werden wollte, aus Angst, es könnten irgendwann Akten auftauchen, die bewiesen, Krebs sei nicht Doppelagent, sondern Bona fide Gestapo-Spitzel gewesen.

### Geschichte von „unten“

Als ich „Tagebuch der Hölle“ 1989 zum ersten Mal las, ahnte ich dies alles noch nicht. Ich wusste nur, dass ich ein ungemein faszinierendes Buch vor mir hatte, das die Geschichte der kommunistischen Bewegung der zwanziger und dreißiger Jahre auf völlig neue Weise erzählte. Nicht als Parteigeschichte mit all ihren Thälmanns und Kongressen, sondern von unten, aus der Perspektive eines radikalen Seemanns, der nach einer Reihe von haarsträubenden Bewährungsproben Mitglied des Apparats wird.

Der Autor berichtet, wie er ab 1931 unter einer Reihe von Decknamen durch Europa reist, aus dem Hintergrund Streiks dirigiert, Funktionäre höchsten Kalibers zur Rechenschaft zieht und nebenher noch Aufträge der sowjetischen Geheimdienste erledigt. Die Bezeichnung seiner Tätigkeit: Instrukteur. Völlig unabhängig von nationalen Parteigliederungen, doch mit allen Vollmachten ausgestattet, sind der Held und eine kleine

Anzahl Mitarbeiter nur dem bis 1933 in Berlin ansässigen, streng geheimen Westbüro der Komintern verantwortlich, das die Politik aller kommunistischen Parteien Westeuropas in engstem Kontakt mit dem Kreml festlegt.

Auch einige bekannte historische Ereignisse, etwa den Reichstagsbrandprozess, erzählt das „Tagebuch der Hölle“ neu. Laut Valtin war der Angeklagte in Leipzig, Georgi Dimitroff, in Wahrheit Leiter des Westbüros und damit der wichtigste Geheimnisträger der Komintern. Um ihn zu schützen, verhaftete die Sowjetunion nach seiner Festnahme ihrerseits eine Reihe deutscher Staatsbürger und presste dem Dritten Reich das Versprechen ab, den Bulgaren nach der Verhandlung freizusprechen. Daher der weltweit bewunderte Mut, mit dem sich Dimitroff vor Gericht verhielt.

Nach Lektüre dieser und ähnlicher Passagen wurde ich neugierig: Wer war dieser Jan Valtin? Hatten Historiker je versucht, den Wahrheitsgehalt seines ungeheuerlichen Berichtes zu überprüfen? Eine schnelle Durchsicht der Namensregister historischer Standardwerke zur Geschichte der zwanziger und dreißiger Jahre enttäuschte: Zwar kam Valtin vor, aber nur als „unsichere Quelle“. Das Wenige, das man habe überprüfen können, sei teilweise richtig, Anderes stimme nicht. So lange der Zugang zu den einschlägigen Archiven gesperrt sei, so die einhellige Meinung, seien Krebs' Behauptungen nicht endgültig zu überprüfen.

1990, als das Archiv der SED plötzlich geöffnet wurde, machte ich einen eigenen Versuch, mehr über den geheimnisvollen Autor von „Tagebuch der Hölle“ zu erfahren. Seinen Angaben nach war er von Hamburg aus international tätig gewesen, hatte sich nach Hitlers Machtergreifung anfänglich am dortigen Widerstand beteiligt, bis er zu wichtigeren Missionen ins Ausland abberufen wurde. Ende 1933 schickte Ernst Wollweber, der spätere Leiter der Staatssicherheit der DDR, ihn auf ein Himmelfahrtskommando nach Deutschland zurück, wo Krebs prompt festgenommen und zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde.

Im Parteiarchiv fand ich eine Reihe von Briefen, die Richard Krebs' Hamburger Genossen nach Hitlers Machtergreifung an die Parteileitung im Ausland geschickt hatten. Anfangs enthielten die Schreiben noch Klarnamen, später wurde immer mehr verschlüsselt, und 1935 hieß es nur noch beispielsweise 1 und 4 trafen sich in 6, ohne Hilfe zur Entschlüsselung der Angaben.

Die Schreiben aus der Anfangszeit zeugen vom namenlosen Schrecken, den die Gestapo verbreitete. Es gab dringende Bitten, einen Einsatz im Ausland zu ermöglichen, und gegenseitige Verdächtigungen und Denunziationen. Sie zielten, indem man sich als besonders „gefährdet“ beschrieb, ebenfalls auf eine „Ausreiserlaubnis“ ab. Es gibt jedoch auch

Zeugnisse von einem geradezu selbstmörderischen Mut.

### **Der Schlüssel liegt in Moskau**

In diesem verwirrenden Konvolut tauchte der Name Richard Krebs ein paar Mal auf, ohne dass sich daraus weitergehende Schlüsse hätten ziehen lassen. Auch später, als ich bereits an einem Buch über Krebs arbeitete und die Akten der KPD noch einmal durchforstete, fand ich nicht viel mehr. Wenn die Geschichte des Jan Valtin – er sei in der KPD nur einfaches Mitglied, aber international ein mit allen Vollmachten ausgestatteter Abgesandter der Zentrale gewesen – stimmte, dann war das auch kein Wunder, dann musste der Schlüssel in Moskau zu finden sein.

Als ich das Archiv der Komintern 1995 zum ersten Mal aufsuchte, hatte ich zwei Veröffentlichungen über Richard Krebs im Gepäck, die widersprüchlicher nicht hätten sein können. Die eine stammte von dem Literaturwissenschaftler Michael Rohrwasser, die andere von dem Historiker Dieter Nelles. Rohrwasser war die Akten der Bremer Polizei durchgegangen, hatte das Hamburger Adressbuch überprüft und sich mit den letzten noch lebenden Zeitzeugen, darunter Krebs letzter Frau, in den Vereinigten Staaten getroffen. Insgesamt hatte Rohrwasser nur marginale Abweichungen zwischen Krebs Aufzeichnungen in „Tagebuch der Hölle“ und dem wirklichen Leben seines Autors gefunden, ohne allerdings die bei Beendigung seiner Arbeit noch geschlossenen Archive in Ostberlin nutzen zu können.

Dies hatte schließlich Dieter Nelles getan, und er fand weit mehr als nur marginale Widersprüche zwischen dem Tagebuch und den tatsächlichen Ereignissen. Aufgrund seiner Funde erledigte der Historiker den gesamten Inhalt des Buches als groteske Verschwörungstheorie und erklärte die Instrukteure und den von Krebs beschriebene Apparat als pure Erfindung. Aus den Akten der Gestapo schließlich schloss er auf eine Bona Fide Gestapotätigkeit des Richard Krebs.

Mich überzeugte das nicht. Wie konnte Nelles aufgrund deutscher Akten Aussagen über eine Organisation machen, die von Moskau aus gesteuert wurde? Und wenn Krebs wirklich, wie in „Out of the Night“ behauptet, die Gestapo an der Nase herumgeführt hatte, wie ließ sich dann seine Verpflichtungserklärung als Beweismittel heranziehen?

Das Archiv in Moskau erwies sich als nur teilweise zugänglich. Alles, was mit den Geheimdiensten der UdSSR und Geheimoperationen der Komintern zu tun hatte, blieb verschlossen. Zumindest theoretisch. Denn das Wirken der Instrukteure und die Operationen der GPU waren für die Arbeit der Komintern zu wichtig, als dass sie sich in den Rechenschafts- und Kongressberichten, den unzähligen Briefwechseln über politische Streitigkeiten und Intrigen hätten völlig verschweigen lassen. Außerdem hatte ich

nach einigen Besuchen so gute Kontakte, dass ich einige vollständige Personalakten zu lesen bekam, die normalerweise nur ohne die Schreiben der GPU herausgegeben werden.

Insgesamt bestätigte sich das Bild, das Krebs von den Machtverhältnissen gezeichnet hatte. Seine eigene Bedeutung jedoch hatte er übertrieben, um Begebenheiten, die er nur vom Hörensagen kannte, als selbst erlebt behaupten zu können. Außerdem hatte er den für seine Karriere als Instrukteur wichtigsten Mann, einen Polen namens Alfred Bem, in seinem Schlüsselroman – aus Freundschaft und berechtigter Angst um dessen Schicksal in der Stalin-Ära – verschwiegen und seine Rolle Ernst Wollweber zugeschrieben.

### **Und noch ein Geheimapparat**

Bald stieß ich auf einen weiteren Geheimapparat, für den Krebs mittel- oder unmittelbar tätig gewesen war: Den OMS, den Kurier- und Nachrichtendienst der Komintern, der als Verbindungsapparat zwischen der Sowjetunion und den Bruderparteien in aller Welt operierte. Vor dem Aufkommen des interkontinentalen Flugverkehrs in den späten dreißiger Jahren waren Schiffe die einzige Möglichkeit, Waffen, Propaganda, Agenten und Geld zu verschicken. Aus außenpolitischen Gründen kamen sowjetische Schiffe für derartige Transporte nicht in Frage.

Man verließ sich stattdessen auf ein Netz überzeugter Kommunisten in der Handelsmarine insbesondere Deutschlands und Skandinaviens, das mit erstaunlicher Pünktlichkeit blinde Passagiere und Kontrabande rund um den Globus beförderte. Um zu verhindern, dass jede kommunistische Aktion im Ausland auf die Sowjetunion zurückfiel, musste das Ausmaß der Kontrolle und Unterstützung der Bruderparteien um jeden Preis geheim bleiben. Außerdem galt es, einfachen Parteimitgliedern in aller Welt gegenüber zu verbergen, dass ihre nationalen Parteiführungen ab Ende der zwanziger Jahre nur mehr Marionetten der Komintern waren. Aus all diesen Gründen stand der OMS unter so strenger Geheimhaltung, dass es bis heute keine eigenständige Untersuchung über ihn gibt.

Als kommunistischer Seemann war Richard Krebs sehr früh mit dem OMS in Berührung gekommen und hatte eine Reihe von Aufträgen für ihn ausgeführt. Da er zwar Instrukteur war, jedoch nur einen relativ untergeordneten Rang bekleidete, ließ sich nur ahnen, von welcher Organisation er seine Geheimaufträge jeweils erhalten hatte. Dies allerdings verschwieg er seinen Lesern. In „Tagebuch der Hölle“ ist lediglich vom sowjetischen Geheimdienst die Rede.

### **Der Doppelagent**

So ähnlich war es auch mit Krebs Tätigkeit als Doppelagent. Bis zu seinem Tod

sollte er die Rolle, die er gespielt hatte, nie ganz durchschauen. War er bei seinem Übertritt in die Dienste der Gestapo, der zwar nicht in direktem Auftrag der GPU, doch mit Wissen und Billigung der Genossen erfolgt war, noch entscheidungsmächtig gewesen, so war er seit seiner Ankunft in Kopenhagen Mitte 1937 nur mehr Werkzeug Ernst Wollwebers, eines Mannes, den er wie keinen Zweiten erst bewundert und dann gehasst hatte. Wollweber war 1937 Führer einer Sabotageorganisation gegen die Schifffahrt der Achsenmächte, die Brände legte, Haftminen anbrachte und erst nach dem deutschen Einmarsch in die Beneluxländer zerschlagen wurde.

Wie man den nach Hamburg expatrierten Agentenberichten entnehmen kann, wurde Richard Krebs dazu benutzt, die Gestapo von Wollwebers eigentlicher Tätigkeit abzulenken und die Aufmerksamkeit der deutschen Geheimpolizei auf eine andere, der KPD abtrünnigen Widerstandsgruppe zu richten. Gleichzeitig wurde der Doppelagent völlig isoliert und von allen Interna der Komintern ferngehalten. Als sich Krebs aus Angst um seine Frau, die in Deutschland hatte zurückbleiben müssen und 1938 an den Folgen ihrer KZ-Haft starb, weigerte, die Doppelrolle weiter zu spielen, kam es zum Bruch.

Das alles kann man heute, 60 Jahre nach diesen Ereignissen und zehn Jahre nach der Öffnung der einschlägigen Archive aus verschiedensten Quellen rekonstruieren. Den wichtigsten Fund, der beweist, dass Krebs die Gestapo von Anfang an hatte betrügen wollen, machte ich ganz zum Schluss in den National Archives in Washington: Es waren die letzten Briefe seiner Frau an ihn und zwei Postkarten seines Bruders, aus denen hervorgeht, dass Krebs geplant hatte, seine Familie mit Hilfe des Bruders unter den Augen der Gestapo aus Deutschland herauszuschmuggeln. Dieses wahnwitzige Unternehmen war die einzige Mög-

lichkeit, seine Frau vor einer Rache der Gestapo zu retten, sollte sein Doppelspiel ans Licht kommen.

Wäre es ihm geglückt, so hätte er – vielleicht – ein anderes Buch geschrieben. Ein Buch, in dem er Wollweber nicht zum Monster aufgeblasen und sich selbst nicht als selbstmächtigen Helden ohne Schatten erfunden hätte. Aber ein nicht nach dem bewährten Schwarz-Weiß-Muster verfasstes Buch wäre vielleicht auch kein Bestseller geworden, und ich hätte mich nie auf die lange Suche nach der wahren Geschichte des Richard Krebs begeben.

**Ernst von Waldenfels, „Der Spion, der aus Deutschland kam“. Das geheime Leben des Seemanns Richard Krebs. Aufbau Verlag, Berlin 2002, ISBN 3351025386. Gebunden, 382 Seiten, 22,50 EUR**

## 70. Jahrestag der NS-Bücherverbrennungen

**In dem Aufruf des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs), heißt es:**

Im Jahre 1933, zumeist am 10. Mai, mal früher mal später, wurden an den meisten deutschen Hochschulstandorten, aber auch in Städten, in denen es 1933 noch keine Universitäten gab, von Studierenden „zersetzende Schriften“ verbrannt. Diese Aktion wurde unmissverständlich als „Aktion wider den undeutschen Geist“ bezeichnet. Als „zersetzend“ galten den deutschen Studierenden dabei Schriften von liberalen und linken WissenschaftlerInnen und AutorInnen sowie vor allem: Schriften von Jüdinnen und Juden. Die Bücherverbrennungen waren somit nicht nur ein weiterer öffentlichkeitswirksamer Auftakt zur

politischen Verfolgung von NazigegegnernInnen, sondern auch ein Vorspiel zu Vernichtung der Jüdinnen und Juden. Dieses Jahr jähren sich die Bücherverbrennungen zum siebzigsten Mal. Aus diesem Anlass will der fzs, Dachverband von derzeit 74 Studierendenvertretungen, mit einer Kampagne und einem Kongress an dieses Vorspiel zur Vernichtung erinnern.

Die Bücherverbrennungen begreifen wir als ein Vorspiel zum Holocaust. Es geht also nicht nur darum, auf die Kontinuität bis 1933 hinzuweisen, sondern auch um die Kontinuität nach 1933. Mit dem Ausschluss von JüdInnen aus dem öffentlichen Leben – z.B. aus den Hochschulen – und ihrer zunehmenden Entrechtung begann die Politik, die mit ihrer Deportation und Ermordung endete. Betont werden soll die maßgebliche Rolle der Studentenschaften (als gewählte studentische Vertretungen!) bei den Bücherverbrennungen. Die Rolle der Studentenschaften wurde in der historiographischen Betrachtung oft heruntergespielt. Tatsache ist aber, dass die DSt und nicht etwa, wie oft behauptet, die NSDAP-Führung die Bücherverbrennungen maßgeblich plante und durchführte. Auf diese Geschichte studentischer Interessenvertretung hinzuweisen, ist ein weiteres Anliegen der Kampagne.

Deswegen ruft der fzs dazu auf, dass Studierendenvertretungen, hochschulpolitische Organisationen und Gruppen aus den verschiedenen Städten durch eine Aktion, Veranstaltungen (einen kleinen ReferentInnenpool werden wir in Kürze zur Verfügung stellen) und Pressearbeit rund um „ihren“ Jahrestag an die Bücherverbrennungen erinnern. Wir regen an, das oftmals kaum bekannte Geschehen und die Rolle der Studierenden und ihrer gewählten Vertretungen im Nationalsozialismus und bei den Bücherverbrennungen in das öffentliche Gedächtnis zu rufen und der weit verbreiteten kommunalen Gedenkroutine eine andere Aktion (z.B. Brandfleck-Aktion, s.u.) entgegenzustellen. So noch nicht vorhanden, wäre eine konkrete Forderung eine deutliche Kenntlichmachung des Ortes der Bücherverbrennung in Eurer Stadt, mit dem Hinweis auf die Akteure. Wir bitten Euch, Informationen über die Bücherverbrennung in Eurer Stadt zu sammeln und an uns zu schicken, u.a. damit wir die Informationen zentral auf eine Homepage stellen, in einem Reader zusammenfassen und zentral Pressearbeit machen können. Teilt uns bitte mit, was stadt- oder universitätsgeschichtlichen Publikationen zu entnehmen ist: Wer die Verbrennung organisierte, wo sie stattfand, welche Resonanz sie fand...

Am Wochenende vom 04.–06. Juli werden wir unter dem Motto „Das war ein Vorspiel nur...“ einen Kongress in Frankfurt/Main organisieren, der die Kampagne wissenschaftlich aufbereiten soll.

[www.fzs-online.org](http://www.fzs-online.org)  
[www.buecherverbrennung.tk](http://www.buecherverbrennung.tk)





**26./27. April, Fulda:** Jahresversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Samstag Beginn 11.30 Uhr. Ende: Sonntag, 27. April 12.00 Uhr. Samstag: 1. Bedeutung der PDS-Programmdiskussion in der aktuellen Politik 2. Krieg gegen den Irak, Kriegsziele, Auswirkungen auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen 3. Deutsch-französische Achse und die EU-Verfassungsdebatte 4. Satzungsdebatte, Kassenbericht, Entlastung des Arbeitsausschusses, Wahlen und Beschluss über den Haushalt 2003  
Sonntag: 5. Imperialistische Metropole versus solidarische Stadt / Entwicklungskonzepte in Ballungszentren  
Anmeldung: Über die Landesarbeitsgemeinschaften oder GNN Verlag, Zülpi-cher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221-21 16 58. Wir bitten um rasche Anmeldung.

**1.-4. Mai, Berlin:** Kultur des Friedens. 2. Kongress der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), für eine gemeinsame Analyse der kritischen friedenspolitischen Situation und zur Anregung konstruktiver Initiativen, u.a. mit Norman Birnbaum, Andreas Buro, Christoph Bautz, Hans-Peter Dürr, Mohssen Massarat, Norman Paech, Horst-Eberhard Richter, Harald Schumann. Infos/Anmeldung: Kongressbüro IPPNW-Geschäftsstelle, Frank Uhe, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/698 0740, Fax: 030/693 8166 [www.kultur-des-friedens.de](http://www.kultur-des-friedens.de) [uhe@ippnw.de](mailto:uhe@ippnw.de) – Technische Universität (Hauptgebäude)/Akademie der Künste,

**10. Mai, Rostock:** Regionale Basiskonferenz der PDS-Landesverbände Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig Holstein

**10. Mai, Frankfurt:** Netzwerk Gewerkschaftslinken: Einladung zum Treffen zur Programm- und Zukunftsdebatte der Gewerkschaften. Vorschlag zur Tagesordnung: 1. Bericht über die Zukunftsdebatte der Kasseler Treffens von Gewerkschaftslinken am 14. und 15. März 2003. 2. Die bei unserem ersten Treffen festgelegten Themenbereiche und bisher dazu verfassten Diskussionspapiere, siehe: Thesen im LabourNet. 3. Die besonderen Aufgaben der Gewerkschaftslinken innerhalb der aktuellen Bewegungen. Ort: Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, Sitzungszimmer 3 Zeit: 11.00 Uhr (bis ca. 16.00 Uhr)

**10. Mai 2003, Kassel:** 14. bundesweites Treffen des Netzwerk für eine kämpferische ver.di. Beginn um 10 Uhr, Ende 17 Uhr. In der Universität.

**24. Mai, Berlin oder Potsdam:** Regionale Basiskonferenz der PDS-Landesverbände Berlin, Brandenburg

**25. Mai, Bremen:** Bürgerschaftswahlen

**1.-3. Juni 2003, Evian:** G7/G8 Gipfel in Evian, Frankreich

**30. Juni – 4. Juli, Hamburg:** 4. Europäischer Kongress zur Friedenserziehung, Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich! Anmeldung, Programm: Kongressbüro GEW Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 040/44 73 49, Fax: 450 46 58, e-mail: [peacecongress@gew-hamburg.de](mailto:peacecongress@gew-hamburg.de) Information: Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel.+Fax: 040/6015212 E-mail: [horst.bethge@T-online.de](mailto:horst.bethge@T-online.de) • Hartmut Ring, Gellertstr. 29, 22301 Hamburg, tel.+Fax: 040/2792353, E-mail: [ppf@eco-link.org](mailto:ppf@eco-link.org)

Kongress-Web: <http://www.ppf-germany-congress.org>

**7.-10. August, Sondershausen:** Linke Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

**21. September, Bayern:** Landtagswahlen



# AUFRUF ZUR DEMONSTRATION

ver.di ist für mutige Reformen. Für unsere Vorstellungen und Forderungen gehen wir auf die Straße:

**Samstag, den 17. Mai 2003 in Berlin**  
**MUTIGE REFORMEN STATT LEISTUNGSABBAU**

**Fünf vor zwölf**  
**14.00 Uhr**

**Demonstration vom Potsdamer Platz**  
**Abschlusskundgebung am Großen Stern**  
**und Kulturprogramm**

■ Arbeitsplätze schaffen ■ Arbeitsplätze sichern ■ Arbeitnehmerrechte schützen

Das geht ohne Sozialabbau – und wir wissen wie:

Vor allem: Zukunftsinvestitionen in Arbeit, Bildung und Umwelt können die Binnenkonjunktur wieder in Schwung bringen. Und genau darauf kommt es jetzt an!

Deshalb brauchen wir 20 Milliarden Euro Soforthilfe und weitere 10 Milliarden jährlich bis 2006 – das schafft 500.000 neue Arbeitsplätze.

Bezahlbar sind die notwendigen Investitionen auch: Deswegen stehen wir für einen Kurswechsel in der Finanz- und Steuerpolitik. Große Unternehmen und Reiche müssen endlich in die Verantwortung genommen werden!

Was Rot-Grün plant, ist sozial nicht gerecht – und schafft keine Arbeitsplätze: Arbeitslose, Beschäftigte und Rentner sollen dafür bezahlen, dass die besser Verdienenden in den nächsten Jahren durch die bestehende Senkung des Spitzensteuersatzes und die Verlagerung der Regierung, die Vermögenssteuer jeder einzuführen, noch mehr Geld sparen!

Auf den Wahlplakaten wurde mit dem Slogan geworben: Deutschland modernisieren heißt auch, die soziale Gerechtigkeit zu erhalten und auszubauen. Die Realität sieht allerdings anders aus.

Wer mutige Reformen mit Leistungsabbau verwechselt, der kann nicht mit unserer Unterstützung rechnen! Denn:

- Arbeitsplätze schafft, wer Wachstum durch Investitionen fördert, statt Arbeitslose durch Leistungskürzungen zu bestrafen.
- Unser patürlich finanziertes Gesundheitssystem erhält, wer vorhandene Effektivitätsreserven ausschöpft.
- Die Patientenversorgung verbessert, wer unnötige Doppeluntersuchungen vermeidet, wer überhöhte Arztkosten senkt und Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich sichert.
- Die Zukunft der Versorgungskassen sichert, wer höhere Gesundheitsrisiken in der Mitgliedsstruktur durch gerechte Verteilung der Einnahmen ausgleicht.
- Eine wichtige Voraussetzung zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit leistet, wer qualifiziert und fördert, statt bei der Weiterbildung zu sparen.

Nähere Informationen finden Sie im Internet unter:

[www.verdi.de/stark\\_im\\_wandel](http://www.verdi.de/stark_im_wandel) ■ [www.verdi.de/gesundheitsreform](http://www.verdi.de/gesundheitsreform) ■ [www.verdi.de/steuergerechtigkeit](http://www.verdi.de/steuergerechtigkeit)



**STARK IM WANDEL**